28. Jahrgang. + Nr. 10.

Berlin, 6. März 1920.

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 1,50 Mk. Arbeitervermittlungen 75 Pf. Verbandsanzeigen 50 Pf.

Steigende Preise — höhere Löhne.

Der Schiedsspruch vom 23. Januar bestimmt, daß die neuen Lohnfestsetzungen bis zum 1. April gelten. Das sind nur wenige Wochen, und doch ist der Zeitraum fast schon zu lang, denn die Preise für die Lebensbedürfnisse steigen von Tag zu Tag in geradezu unheimlicher Weise. Man regt sich auf über die hohen Löhne, die den Holzarbeitern gezahlt werden müssen, aber die das tun, nehmen die Verteurung aller Lebensbedürfnisse als unabwendbare Schickung hin. Sind wir doch schon soweit, daß der Arbeitsverdienst eines Monats kaum ausreicht, um einen Anzug zu bezahlen, und daß für ein Paar Stiefel der Lohn von ein bis zwei Wochen gezahlt werden muß. Die Leib- und Haushaltungswäsche geht in Fetzen, denn, um sie zu erneuern, reichen die Löhne nicht aus. Ist die Notwendigkeit der Erneuerung eines Kleidungsstücks für einen Familienangehörigen unabweisbar, dann verursacht das dem Familienvater die schwersten Sorgen.

Man ist schon froh, wenn man nur den notwendigsten Nahrungsmittelbedarf decken kann. Aber in welcher Weise geschieht das? Die Brotration ist verkürzt, aber gleichzeitig beträchtlich verteuert worden. Die Kartoffel, ehemals die Grundlage der Ernährung für die minderbemittelte Bevölkerung, ist zum Leckerbissen geworden, der Seltenheitswert erlangt hat. Das gleiche gilt für Hülsenfrüchte, die kaum noch bezahlt werden können, aber immer noch teurer werden. Jetzt bilden wohl in den meisten Arbeiterfamilien minderwertige Gemüse das Hauptnahrungsmittel. Die Hausfrau darf den Nährwert der Speisen nicht mehr in Betracht ziehen, sie muß zufrieden sein, wenn es ihr nur gelingt, den Magen der Hungrigen zu füllen. Dabei steigen auch die Gemüsepreise fortgesetzt zu schwindelnder Höhe.

Von Anzeichen, die auf einen Abbau der Preise in absehbarer Zeit hindeuten, ist nichts zu sehen; im Gegenteil, wir müssen mit der Gewißheit weiterer starker Preissteigerungen rechnen. Kürzlich ist im Reichswirtschaftsministerium ein harter Kampf um die künftige Preisgestaltung der Landesprodukte ausgefochten worden, bei welchem die Erzeuger den Sieg über die Verbraucher davongetragen haben. Der Wirtschaftsrat hat Mindestpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der nächsten Ernte festgesetzt, über welche der Reichsrat demnächst, und voraussichtlich im zustimmenden Sinne, entscheiden wird. Danach soll betragen der Preis für die Tonne (1000 Kilogramm) Weizen 1100 Mk., Roggen, Gerste oder Hafer 1000 Mk., Kartoffeln 500 Mk. Für die Ernte 1919 betrug der Erzeugerhöchstpreis für Weizen 455 Mk., für Roggen und Gerste 405 Mk., für Kartoffeln 125 Mk. Der Hafer war von der Zwangsbewirtschaftung ausgenommen, infolgedessen ist der Preis auf weit über 4000 Mk. für die Tonne gestiegen. Für die übrigen Artikel sind inzwischen die Lieferungsprämien bewilligt worden, wodurch der Preis erhöht wurde: bei Weizen auf 655 Mk., Roggen 605 Mk., Kartoffeln 175 Mk. Trotzdem bedeuten die für die nächste Ernte in Aussicht genommenen Preise, die als Mindestpreise gedacht sind, eine ganz gewaltige Steigerung.

Ob es dabei bleiben wird, ist noch sehr die Frage. Die Agrarier erstreben die Aufhebung der Zwangswirtschaft und lassen kein Mittel unversucht, dieses Ziel zu erreichen. Die schlechte Ablieferung, besonders von Kartoffeln, wodurch erreicht wird, daß manche Großstädte schon völlig ohne Kartoffeln sind, ist ein Mittel zu diesem Zweck. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Sieg, den das Prinzip der Zwangswirtschaft im Wirtschaftsrat errungen hat, ein Pyrrhussieg war. Ob die arg durchlöcherte Zwangswirtschaft der Kartoffel für das nächste Erntejahr aufrechterhalten werden kann, ist sehr zweifelhaft, und wenn sie fällt, dann dürfte ihr die Zwangsbewirtschaftung des Getreides bald folgen. Die freie Wirtschaft ist eine Frage des Profits für die Landwirte. Wird sie eingeführt, dann steigen die Preise in einer Weise, wie wir es beim Hafer mit Schrecken gesehen haben. Von den Preisen, welche die notwendigsten Nahrungsmittel dann erreichen, kann man sich heute noch gar keinen Begriff machen.

Aber bis zum Herbst werden wir noch mancherlei erleben. Die fortgesetzten Klagen über mangelhafte Ablieferung trotz der den Landwirten zugestandenen Lieferungsprämien bestärken den Verdacht, daß große Mengen Getreide verschoben, der lockenden Gewinne wegen auch wohl viel ins Ausland verkauft wurden. Wenn jetzt, um den dringendsten Bedarf zu decken, Lebensmittel aus dem Ausland eingeführt werden müssen, dann müssen dafür, bei dem Stand unserer Valuta, Riesensummen gezahlt werden, die der Verbraucher aufbringen muß. Die sprunghafte Steigerung der Lebensmittelpreise, die wir in der letzten Zeit erlebt haben, wird voraussichtlich in verschärftem Maße anhalten. Die notwendige Konsequenz ist, daß wir bemüht sein müssen, die Löhne weiter zu steigern.

Das ist keine erfreuliche Aussicht. Viel lieber würden wir es sehen, wenn eine Ermäßigung der Preise für die Lebensbedürfnisse uns geboten würde, an einen Abbau der Löhne zu denken. Wir wissen ja gut, daß wir mit den Papierzetteln, die wir als Gegenleistung für die Arbeit erhalten, nicht viel geholfen ist. Zwischen den Preisen der Lebensbedürfnisse und den Löhnen der Arbeiter besteht ein ewiger Wettlauf, der immer schneller wird, und bei dem die Löhne immer weiter zurückbleiben. Je höher die Löhne und die Warenpreise steigen, desto größer ist die Menge Papiergeld, die produziert wird, und desto tiefer sinkt dessen Wert, der sich ausdrückt in dem Preisunterschied zwischen deutschem und ausländischem Geld. Zurzeit hat die deutsche Mark im Ausland nur noch die Kaufkraft, wie sie in der Friedenszeit etwa fünf bis sechs Pfennig hatten. Die Waren, die wir aus dem Ausland einführen müssen, sind also für uns unerschwinglich teuer, zumal auch im Ausland eine Verteurung eingetreten ist. Der Wert der Mark sinkt immer tiefer, je mehr Papiergeld produziert wird. Der Arbeiter hat demnach gar kein Interesse daran, am Lohntag eine große Menge Papier heimzutragen, um so größer ist aber sein Verlangen nach einem Lohn, der ihm gestattet, seine Lebensbedürfnisse in ausreichendem Maße zu befriedigen. Es gibt Wirtschaftspolitiker, die die notwendige Einschränkung des Papiergeldumlaufs in der Weise einleiten möchten, daß zunächst die Löhne herabgedrückt werden, denen dann auch die Warenpreise folgen müßten. Selbstverständlich kann davon keine Rede sein, daß wir uns zu solchen Experimenten hergeben.

Die Überfülle der papiernen Umlaufsmittel ist im Grunde nicht sowohl die Ursache des schlechten Standes der Valuta, als vielmehr ein Symptom. An der unerfreulichen Erscheinung wirken verschiedene Ursachen zusammen. Eine der wichtigsten ist die ungenügende Warenerzeugung im Inland. Unter normalen Verhältnissen müßten wir die Waren, die wir aus dem Ausland einführen, mit den Produkten des deutschen Gewerbefleißes bezahlen. Ein solcher Ausgleich findet zurzeit nicht statt. In dem schlechten Stand unserer Valuta spiegelt sich auch das geringe Vertrauen des Auslandes zur Festigkeit unserer politischen Zustände und zu der Kraft des deutschen Volkes wider, sich aus den wirtschaftlichen Nöten zu befreien. Mit der Festigung der politischen und wirtschaftlichen Zustände wird auch der deutsche Kredit und damit der Wert der Mark steigen.

Das Daniederliegen der deutschen Wirtschaft ist zu einem sehr erheblichen Maße auf den Kohlenmangel zurückzuführen. Es ist deshalb mit Freude zu begrüßen, daß die Bergarbeiter auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit vorerst verzichtet und sich statt dessen bereit erklärt haben, Überschichten zu verfahren, wodurch die durchschnittliche Schichtdauer auf achteinhalb Stunden verlängert wird. Es klingt widersinnig, wie ein Stück aus der verkehrten Welt, daß wir als Gewerkschafter und besonders als Holzarbeiter, die wir der Verkürzung der Arbeitszeit stets die allergrößte Bedeutung beigemessen haben, uns der Arbeitszeitverlängerung im Bergbau freuen können. Wir wissen das Opfer, welches die Bergarbeiter mit ihrem Beschluß gebracht haben, ganz besonders zu schätzen und werden erforderlichenfalls mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß das nur ein vorübergehender Zustand ist. Aber dieses Opfer war notwendig, es ist im Interesse der gesamten Arbeiterschaft gebracht. Wir wollen nur wünschen, daß sich seine Wirkung, die Hebung unseres Wirtschaftslebens, recht bald äußert.

Kommen wir auf unseren Ausgangspunkt zurück, die notwendige Steigerung der Löhne der Holzarbeiter. Sie ist unvermeidlich und wird bald eintreten müssen, um der Preissteigerung der Lebensbedürfnisse nachzukommen. Wäre ein anderer Weg möglich, um einen Ausgleich zwischen beiden Faktoren herbeizuführen, dann würden wir ihn gern beschreiten. Aber wer vermag ihn zu zeigen? Es gibt vorderhand keine andere Möglichkeit, als Erhöhung der Löhne. Wir können uns in unserer Auffassung auch nicht irremachen lassen durch Propheten, welche die bevorstehende Krise in der Holzindustrie voraussagen, wie das ein fachmännischer Mitarbeiter in der Handelszeitung des „Berliner Tageblatt" vom 24. Februar tut. Dieser Fachmann weist zunächst auf die sprunghafte Steigerung der Holzpreise hin. Für das Kubikmeter Holz, für das man im Januar 1914 noch 43 Mk. zahlte, und das sich in den Jahren 1917/18 und in der ersten Hälfte des Jahres 1919 in der Preislage zwischen 160 und 170 Mk. bewegte, werden in den letzten Monaten und besonders zu Beginn des Jahres 1920 900 Mk. gezahlt. Die Ergebnisse neuerer Auktionen lassen erwarten, daß das Kubikmeter Holz bald mehr als 1100 Mk. kosten wird, ohne daß damit der Höhepunkt erreicht wäre. Die Verschiebung von Holz ins Ausland und die Absperrung von den Erzeugungsstätten im Osten lassen ein weiteres sprunghaftes Steigen der Holzpreise erwarten.

Zu den Symptomen der bevorstehenden Krise in der Holzindustrie rechnet der Fachmann auch den neuen Reichstarif im Holzgewerbe. Er ist aber auf diesem Gebiet viel weniger fachkundig als auf dem des Holzhandels. Es erzählt er, daß die Lohnerhöhung 60 Prozent und mehr der Löhne ausmacht. Die Rückwirkung der Teuerungszulage vom 31. Januar soll zahlreichen Firmen verhältnismäßige Verluste zugefügt haben. Der Reichstarif soll auch nach dieser Quelle teilweise eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden bringen. Es genügt, diese Behauptungen wiederzugeben, sie an dieser Stelle zu widerlegen, ist nicht erforderlich. Recht hat der Gewährsmann darin, daß der Reichstarif (gemeint ist das Lohnabkommen) am 1. April nicht auf der gleichen Grundlage erneuert werden, sondern weitere Lohnsteigerungen bringen wird.

Weshalb weitere Lohnsteigerungen kommen müssen und werden, haben wir bereits ausgeführt. Wir sind auch überzeugt, daß diese notwendigen Lohnsteigerungen nicht zum Zusammenbruch der Holzindustrie führen. Daß die augenblickliche Blüte der Holzindustrie nicht dauernden Bestand haben wird, ist allerdings leicht vorauszusagen, aber an den hohen Löhnen wird das Gewerbe nicht zugrunde gehen. Aus den wiedergegebenen Zahlen ergibt sich, daß die Holzpreise unvergleichlich stärker gestiegen sind als die Löhne, und bei den sonstigen Materialien, wie Leim, Schellack, Glas, Beschlägen, ist die Preissteigerung noch weit beträchtlicher, und trotzdem floriert das Geschäft und wirft Gewinne ab, die es den Unternehmern ermöglichen, angemessene Löhne zu zahlen. Dabei wollen wir noch gar nichts reden von den märchenhaften Profiten, die bei der Ausfuhr von Möbeln und sonstigen Holzwaren erzielt werden. Wir werden darauf gelegentlich in anderem Zusammenhang zurückkommen.

Unseren Kollegen empfehlen wir, sich durch solche Unkenrufe, die den bevorstehenden Zusammenbruch unserer Industrie als Folge der hohen Löhne voraussagen wollen, nicht beirren zu lassen. Die Hochkonjunktur wird gewiß nicht ewig anhalten, aber wenn die Krise eintritt, wird sie ganz andere Ursachen haben als die „hohen Löhne", die in Wirklichkeit gar nicht so hoch sind, wenn man die Kaufkraft des Geldes in Betracht zieht. Bis zum 1. April soll vertragsmäßig ein neues Lohnabkommen in Kraft treten. Die Funktionäre des Verbandes haben keine Zeit, auszuruhen; es gilt, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Das wird um so erfolgreicher geschehen, je besser die Kollegenschaft in ihrer Gesamtheit auf dem Posten ist.

Die Lage des Holzgewerbes in Ostpreußen.

II. T. Von allen Provinzen unseres Vaterlandes ist Ostpreußen durch den Krieg am schwersten betroffen. Laut Friedensvertrag mußte das ganze Gebiet nördlich der Memel abgetreten und unter die Verwaltung des Völkerbundes gestellt werden. Außerdem unterliegen große Teile der Provinz der Abstimmung, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob sie zu Polen kommen oder bei Deutschland verbleiben. Zu dem Abstimmungsgebiet gehören die Kreise Allenstein, Johannisburg, Lötzen, Lyck, Marggrabowa, Neidenburg, Osterode, Ortelsburg, Rössel und Sensburg. Nach der Stimmung der Bevölkerung zu urteilen, kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß das Ergebnis zugunsten Deutschlands ausfallen wird. Ist doch die Bevölkerung in diesen Kreisen nicht polnisch, sondern masurisch, und es besteht nicht nur in der Sprache, sondern auch in der Religion und den Lebensgewohnheiten zwischen beiden Völkerstämmen ein sehr erheblicher Unterschied. Dann haben aber auch die Masuren, im Gegensatz zu den Polen, unter der „berühmten" Ostmarkenpolitik der früheren preußischen Regierung nicht zu leiden gehabt. Unklarheiten und Befürchtungen bestehen nur bezüglich der Mittel, die von den Mitgliedern der Entente-Kommission angewendet werden könnten, um das Resultat der Abstimmung zuungunsten Deutschlands zu beeinflussen. Ein sehr unangenehmes Gefühl wird ferner dadurch ausgelöst, daß kein bestimmter Termin vorgesehen ist, an welchem die Abstimmung stattfinden soll. Nach dem Friedensvertrag stellt die Kommission, die die Verwaltung des Abstimmungsgebietes übernimmt, den Zeitpunkt der Abstimmung fest. Der Vorsitzende der Besatzungskommission, ein Engländer, hat zwar bei den Empfangsfeierlichkeiten in Allenstein erklärt, daß alle Maßnahmen, die zum Zweck der Abstimmung getroffen werden, von dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit geleitet sein sollen. Doch wollen wir uns in der Hinsicht keinem übertriebenen Optimismus hingeben.

Wenn man die Vergangenheit an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, so ist nirgends zu sehen, daß die Polen den Versuch gemacht haben, auf Masuren Anspruch zu erheben. Erst jetzt, da ihr imperialistischer Heißhunger erwacht ist und von der Entente gepflegt und gefördert wird, erheben sie Anspruch auf Masuren als polnisches Land. Wie wenig gerechtfertigt diese Ansprüche sind, mögen einige Zahlen beweisen, die der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung" entnommen sind. Es heißt da: „Bei der letzten Volkszählung 1910 gab es unter mehr als 2 Millionen Ostpreußen nur 182 000 Masuren oder 8,8 Prozent, 81 000 Polen oder 3,9 Prozent, und 27 000 oder 1,3 Prozent, die deutsch und eine andere Sprache als Muttersprache angaben. Nun ist es aber Tatsache, daß die mit der Zählung beauftragten Personen vielfach auch die masurische Muttersprache als polnisch bezeichnet haben, so daß der Anteil der Polen mit 81 000 sich noch um ein Bedeutendes verringert hätte,

wenn strenger zwischen polnisch und masurisch unterschieden worden wäre. Von 543 000 Einwohnern des ganzen Regierungsbezirkes Allenstein, in welchem der weitaus größte Teil der polnisch bzw. masurisch sprechenden Bewohner Ostpreußens lebt, besaßen nach der Volkszählung von 1910 249 000 oder 45,9 Prozent eine nicht deutsche Muttersprache, und zwar gaben an: 73 000 oder 13,5 Prozent polnisch und 175 000 oder 32,2 Prozent masurisch. Rechnet man zu diesen 32,2 Prozent noch die 54,3 Prozent Deutsche, so gibt es in dem Regierungsbezirk Allenstein, den die Polen für sich beanspruchen, 86,5 Prozent treu am preußischen und deutschen Vaterland hängende Bürger und nur 13,5 Prozent Polen, wobei auch hier wieder bei genauer Unterscheidung zwischen der polnischen und masurischen Sprache der Prozentsatz der Nationalpolen noch weiter sinken würde."

Das ist die völkische Zusammensetzung des Teiles der Provinz Ostpreußen, über dessen Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland durch Abstimmung entschieden werden soll. Zu bemerken ist noch, daß auch dieser Teil Ostpreußens an dem gesamten Wirtschaftsleben der Provinz, sowohl in landwirtschaftlicher als auch in industrieller Beziehung, insonderheit soweit das Holzgewerbe in Frage kommt, einen beträchtlichen Anteil hat. Liegen doch hier sehr viele Schneidemühlen, von denen sich eine ganze Anzahl zu Großbetrieben entwickelt hat. Auch die weiterverarbeitende Holzindustrie hat sich in diesem Bezirk in den letzten Jahren vor dem Krieg kräftig entwickelt. Ähnlich liegen die Verhältnisse in dem abgetretenen Memelgebiet, in dem die Holzindustrie die beherrschende Rolle spielte.

Viel zuwenig hat sich bisher die breite Öffentlichkeit mit Ostpreußen beschäftigt, soweit Land und Leute dabei in Frage kommen. Hart und schwer ringt hier der Landmann dem Acker die Erzeugnisse ab. Kurz ist der Sommer und lang der Winter. Wohl jeder Winter bringt uns Temperaturen von 25 Grad Kälte. Bezeichnend für die klimatischen Verhältnisse ist ein altes Sprichwort: „Wir haben hier acht Monate Winter und vier Monate keinen Sommer." Im allgemeinen schwer hat auch die Industrie, besonders die Eisenindustrie zu kämpfen, da sie ihr Roh- und Betriebsmaterial, z. B. Kohlen, weither holen muß. Die bodenständige und bedeutungsvollste Industrie in Ostpreußen ist die Holzindustrie. Innerhalb der Holzindustrie kommt den Sägewerken die größte Bedeutung zu. An nachfolgenden Zahlen (entnommen dem Werk: „Der Handel und die Kreditbanken in Ostpreußen", von Professor Dr. F. Werner) kann man die Bedeutung des Holzhandels für Ostpreußen ermessen. Insgesamt betrug die Einfuhr von Hölzern russischer Herkunft im Jahre 1912 = 2 074 532, und im Jahre 1913 = 2 212 323 Festmeter. Von diesen Hölzern bezogen die Sägemühlen usw.

	1913	1912
1. Wischwill bis einschl. Ragnit	157 477 Festm.	127 488 Festm.
2. Tilsit bis einschl. Splitter	477 506 „	381 224 „
3. Gilge usw.	67 585 „	67 613 „
4. Königsberg und weiter	716 550 „	625 013 „
5. Ruß und Memel	793 205 „	873 294 „
Zusammen	2 212 323 Festm.	2 074 532 Festm.

Der größte Teil dieser Einfuhr ist auf dem Memelstrom durch Flößerei erfolgt. Es lagerten in der Memel zeitweise 400 Triften. (Triften sind Holzflöße, bestehend aus sechs Schock Hölzern.)

Die Ausfuhr aus Tilsit ging, nach den Berichten des Vorsteheramtes 1913, ganz nach Deutschland, während die nachstehende Ausfuhrliste Königsbergs 1913 neben Deutschland auch andere Länder als Bezugsländer angibt:

Holzausfuhr aus Königsberg nach	Festmeter 1913	1912	1911
Deutschland	222 336	[illegible]	608 884
England und Kolonien	15 950	16 446	[illegible]
Frankreich	1 070	535	553
Italien	—	—	14 045
Belgien	3 068	604	3 050
Holland	15 930	5 786	5 033
Dänemark	4 470	4 678	8 975
Norwegen	11	—	—
Indien	222	16	—
Afrika	—	—	760
Zusammen	263 957	423 167	660 261

Zuverlässige Zahlen über die Holzausfuhr Memels liegen mir nicht vor, doch ist dieselbe, besonders nach dem Ausland, bedeutend größer gewesen. Gleichermaßen habe ich keine zuverlässige Unterlagen über die Menge des von den Schneidemühlen verarbeiteten Holzes, das aus den ostpreußischen Wäldern stammt. Auf alle Fälle steht eins fest: Die ostpreußische Holzindustrie, besonders die Sägewerke, waren, sind und bleiben in der Frage ihrer Existenzmöglichkeit auf die Einfuhr russischen Holzes in rohem Zustand angewiesen.

Dies gab kurz vor Ausbruch des Krieges den interessierten Kreisen Veranlassung, in Eingaben an die zuständigen Regierungsstellen zu verlangen, daß bei der Erneuerung der Handelsverträge mit Rußland jede Beschränkung der Einfuhr von Rohholz verhindert und im Gegenteil die Einfuhr tunlichst erleichtert wird. In Rußland war natürlich das gegenteilige Bestreben vorhanden. Man wollte dort die „unverdient hohen Gewinne", die der ostdeutsche Handel einheimste, in die eigene Tasche leiten. Die Projekte, die diesseits von der russischen Regierung geplant waren, waren in ihrer [illegible] schon weit gediehen, und bei den verschiedenen [illegible], die uns vor Ausbruch des Krieges von [illegible] erreicht wurden, unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Projekte auch zur Ausführung gelangt [illegible]. Der Krieg und seine [illegible] hat ja auch all das über den Haufen geworfen, und die ostpreußische Holzindustrie steht jetzt vor gänzlich veränderten Verhältnissen.

[illegible] bald nach Ausbruch des Krieges eine [illegible] für die gesamte ostpreußische Holz[illegible]. Durch den [illegible] in Ostpreußen [illegible] Wohn- und Wirtschaftsgebäude zerstört worden. [illegible] Gebäude, der [illegible] in [illegible] und gefördert [illegible] Ein früherer

Mangel an Arbeitskräften machte sich bemerkbar. Es kam noch hinzu, daß auch die Heeresverwaltung sehr große Ansprüche an Holz stellte, z. B. bei dem Bau von Holzbaracken und für den Bedarf im Stellungskrieg. Die großen Holzvorräte auf den Sägewerken waren bis auf die Lagerhölzer geräumt und auch der größte Schund wurde mit schwerem Geld bezahlt. An Rohholz war kein Mangel, denn die Heeresverwaltung lieferte zu verhältnismäßig billigen Preisen das notwendige Material aus den besetzten russischen Gebieten. Riesengewinne sind von den Unternehmern während und auch nach dem Krieg erzielt worden.

Durch die Abschnürung vom Reich, die Abtretung des Memelgebietes und die behinderte Einfuhr von Rohholz aus Rußland ist die Situation für das ostpreußische Holzgewerbe wesentlich ungünstiger geworden. Wie sich die zukünftigen Handelsbeziehungen mit Polen und Litauen gestalten werden, läßt sich natürlich heute nicht voraussehen. Es ist anzunehmen, daß Polen auch künftig aus seinen riesigen Waldungen Rohholz ausführen wird. Anzeichen dafür sind heute schon vorhanden. Erklärte mir doch kürzlich der Inhaber einer großen Firma, daß ihr für mehrere Millionen Mark Holz aus Polen angeboten wäre. Die Unsicherheit der Verhältnisse trägt aber nicht dazu bei, derartige Kaufabschlüsse zu zeitigen. Große Hoffnungen braucht man aber darauf auch nicht zu setzen, denn in erster Linie werden die Sägewerke berücksichtigt werden, die in dem von uns abgetretenen, jetzt polnischen Gebiet liegen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Litauen. Es ist wohl anzunehmen, daß künftig der größere Teil des von dort auszuführenden Rohholzes nicht nach Ostpreußen, sondern nach dem abgetretenen Memelgebiet gehen wird.

Im Frühjahr vorigen Jahres hat die deutsche Reichsregierung der litauischen Regierung ein Darlehen von rund 100 Millionen Mark gegeben. Es wäre dieses wohl die beste Gelegenheit gewesen, von der litauischen Regierung zu verlangen, daß sie dafür Rohholz liefert, und auf diese Weise ein Zug-um-Zug-Geschäft zu machen. Leider ist, wie in vielen anderen Fällen, auch diesmal die Gelegenheit verpaßt worden.

Um den Bedarf der Sägewerke einigermaßen zu befriedigen, sind größere Einschläge in den einheimischen Forsten gemacht worden, besonders in dem Regierungsbezirk Allenstein. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß dadurch ein Ausgleich für den Ausfall des russischen Holzes geschaffen werden kann. Erschwert wird die ganze Angelegenheit noch dadurch, daß der Regierungspräsident von Allenstein zeitweilig ein Ausfuhrverbot erlassen hat, und daß die Gestellung von Wagen durch die Eisenbahnverwaltung mehr als mangelhaft ist. Wir haben unserseits dringende Eingaben an die Staatsregierung gemacht, und ist es in dieser Beziehung in letzter Zeit etwas besser geworden. Der Mangel an Rohholz hat denn auch dazu geführt, daß eine Reihe von Sägewerken ihren Betrieb wesentlich eingeschränkt und teilweise geschlossen hat.

In dem abgetretenen Memelgebiet liegen die Verhältnisse augenblicklich wohl ebenso. Nachstehende Entschließung, die von der Generalversammlung unserer Zahlstelle Memel vor einigen Wochen angenommen wurde, beleuchtet wohl am besten die gegenwärtige Sachlage:

„Wir Holzarbeiter im abgetrennten Memelgebiet nehmen mit Erstaunen wahr, daß Regierungsstellen in Ostpreußen durch Ausfuhrverbote von Rohmaterialien (Hölzer), die bereits im Winter 1918/19 gekauft und zum Teil auch bezahlt sind, über uns und unsere Familien Arbeitslosigkeit und damit verbunden wirtschaftliche Not heraufbeschwören. Desgleichen fühlen wir uns beunruhigt durch die Nachricht, die von der Oberzolldirektion verbreitet wird, wonach gegen das Memelgebiet Zollgrenzen sofort errichtet werden sollen. Für die Versorgung mit den notwendigsten Bedarfsartikeln und Lebensmitteln bedeutet diese Zollgrenze eine unübersehbare große Gefahr. Wir können nicht verstehen, wie so schnell die deutschen Behörden die abgetretenen Gebiete vergessen und sie neben dem seelischen Leid noch der wirtschaftlichen Not aussetzen.

Mit den Abschiedsgrüßen des Herrn Reichspräsidenten und der Reichs- und Staatsregierung, sowie auch ostpreußischer Regierungsstellen, die ausklangen in der Versicherung, uns nicht zu vergessen, stehen diese Handlungen ostpreußischer Behörden in schärfstem Widerspruch.

Wir erwarten, daß eine Änderung in der Haltung der Behörden uns gegenüber eintritt. Das Memelgebiet, insbesondere die Stadt Memel und größere Ortschaften, haben als einzigste Erwerbsquelle für die Arbeiterschaft und viele andere Bürger nur die Holzindustrie als Grundlage ihrer Existenz. Werden der Holzindustrie die Rohstoffe entzogen, so steht uns Schlimmes bevor. Der wirtschaftliche Zusammenhang mit dem Mutterland, insbesondere auch in der Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aller Art verlangt gebieterisch vorläufige Weiterführung aller Beziehungen mit Deutschland."

Wir werden unsere Kollegen des abgetrennten Memelgebietes nicht vergessen, und mögen auch diese Zeilen zunächst als ein herzlicher Gruß zu ihnen hinübergehen, die in Freud und Leid stets treu zur Organisation gestanden haben.

Durch die Abschnürung vom Reich werden aber auch der weiterverarbeitenden Holzindustrie Schwierigkeiten bereitet. Die Beschaffung von Leim, Beschlägen usw. ist mit immer größeren Schwierigkeiten verbunden. Dringendstes Erfordernis der Reichs- und Staatsregierung muß es sein, dafür zu sorgen, daß dem ostpreußischen Handel und der Industrie alle möglichen Erleichterungen zur Beschaffung von Betriebsmaterial geschaffen werden.

Nun ist unter der rührigen Initiative des Oberpräsidenten Winnig ein Projekt in Vorbereitung, wonach ganz Ostpreußen mit einem Netz von Überlandzentralen ausgestattet werden soll. Man will die reichen Wasserkräfte der Provinz ausnützen, um die Industrie mit elektrischer Energie zu versorgen, und sie so möglichst unabhängig von der Kohle zu machen. Dabei ist in erster Linie auch daran gedacht worden, der Holzindustrie neue Erwerbs- und Re[illegible] zu verschaffen. [illegible] sind [illegible] vom Reich als auch der Provinz bereitgestellt. Alle diese [illegible] aber nur treffen unter der Voraussetzung,

daß die noch zur Abstimmung stehenden Bezirke der Provinz erhalten bleiben, und daß vernünftige Handelsverträge mit den Nachbarstaaten eine ungestörte Entwicklung ermöglichen. Möge recht bald der Zeitpunkt kommen, der dem schwergeprüften Ostpreußen die Grundlage seiner Existenz, die Aufrechterhaltung der Holzindustrie wiedergibt und Tausenden von fleißigen Arbeitern Lohn und Brot verschafft.

Richtlinien für die Wahlen zu den Betriebsräten

Die am 24. Februar abgehaltene Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat über die Wahlen zu den Betriebsräten gegen drei Stimmen folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Das Gesetz über Betriebsräte gibt den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, in den Betrieben ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Durchführung gewerkschaftlich geregelter Arbeitsverhältnisse und wirtschaftlicher Förderung des Betriebes auszuüben. Die Gewerkschaften sind daher in hohem Maße daran interessiert, daß bei den ersten Wahlen zu den Betriebsvertretungen (Betriebsräten, Betriebsobmännern, Betriebsausschüssen, Arbeiter- und Angestelltenräten und Gesamtbetriebsräten) möglichst zahlreiche gewerkschaftliche Vertreter gewählt werden. Es ist deshalb Pflicht aller Gewerkschaften des A. D. G. B., ihre ganze Kraft auf die erfolgreiche Durchführung dieser Wahlen zu konzentrieren.

2. Die Neigung, diese Wahlen zu einer Machtprobe politischer Parteikämpfe zu machen, ist für die Wirksamkeit der Betriebsräte, die eine rein praktisch-wirtschaftliche sein soll, und für die wirklichen Arbeiterinteressen höchst nachteilig, und ersuchen die Gewerkschaften, alle politischen Einflüsse von diesen Wahlen möglichst fernzuhalten. Notwendige Versammlungen sind nur von gewerkschaftlicher Seite einzuberufen. Bei Veröffentlichungen sind lokale Arbeiterblätter der verschiedensten Richtungen gleichmäßig zu benutzen.

3. Die allgemeinen Vorbereitungen für die Wahlen werden zweckmäßig durch den Ortsausschuß des A. D. G. B. (Gewerkschaftskartell) getroffen. Derselbe verständigt sich mit den in Betracht kommenden Einzelgewerkschaften über die in seinem Bezirk notwendigen Maßnahmen, leitet die Agitation, gibt die Drucksachen heraus und sorgt für die Zusammenstellung der Wahlergebnisse.

4. In Orten, wo kein Ortsausschuß vorhanden ist, bilden die daselbst domizilierenden Gewerkschaften für diese Wahlen einen gemeinsamen Wahlausschuß.

5. Bei besonders gelagerten Berufsverhältnissen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau) kann die Wahlvorbereitung den für diese Berufe zuständigen Gewerkschaften nach vorheriger Verständigung über das erforderliche Zusammenwirken mit dem Ortsausschuß überlassen werden.

6. Bei den Wahlen zu diesen Betriebsvertretungen ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des A. D. G. B. notwendig. Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen sind zu vermeiden. Dagegen ist eine Verständigung mit den Ortskartellen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), der auch unsere Angestelltenverbände angehören, zweckmäßig, um Wahlunstimmigkeiten auszuschließen.

7. Für die Gewerkschaften des A. D. G. B. ist der größtmöglichste Wahlerfolg gesichert, wenn die Stimmabgabe nicht durch verschiedene Vorschlagslisten aus ihren Reihen zersplittert wird. Eine Verständigung mit den vorhandenen Strömungen innerhalb unserer Gewerkschaften im Bezirk des Ortsausschusses über gemeinsame Vorschlagslisten ist deshalb in jedem Fall anzustreben. Eine solche Verständigung ist aber nur möglich auf dem Boden der Nürnberger Kongreßbeschlüsse.

8. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften. Sind in einem Betrieb mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

9. Die aufzustellenden Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A. D. G. B. angehören oder, wenn sie Angestellte sind, einer der Afa angeschlossenen Organisation. Bei der Auswahl darf nicht die politische Richtung der Gewerkschaftsmitglieder maßgebend sein, sondern es müssen gewerkschaftliche und berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und moralische Festigkeit entscheiden.

Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste diesen Grundsätzen entsprechend aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem A. D. G. B. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist jedoch, daß die Aufstellung der Kandidaten erfolgte ohne Rücksicht auf ihre politische Anschauung und ohne daß sie zu einer Erklärung darüber genötigt wurden, wie sie sich zur Räteorganisation oder zu einer sonstigen politischen Tagesfrage stellen.

10. Besondere Organisationen der Betriebsvertreter und besondere Beitragserhebungen für Aufgaben der Betriebsvertretungen sind nicht zulässig. Dagegen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, die Betriebsvertreter ihrer Organisation, und Aufgabe des Ortsausschusses, die Betriebsvertreter im allgemeinen, in Sitzungen und Versammlungen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und mit den nötigen Informationen und Instruktionen zu versehen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Das plötzliche Ableben unseres unvergeßlichen Verbandsvorsitzenden Adam Neumann macht eine Neuregelung in der Besetzung des Vorstandes nötig. In Übereinstimmung mit den Vorschlägen einer Gauvorsteherkonferenz hat der Vorstand beschlossen, die endgültige Regelung dem kommenden außerordentlichen Verbandstag zu überlassen und bis dahin eine provisorische Regelung dahingehend zu treffen, daß dem Kollegen Fritz Tarnow, bisher Sekretär im Vorstand, die Funktionen des Verbandsvor-

sitzenden übertragen werden, und der Kollege M. Schleicher, bisher leitender Angestellter der Zahlstelle Stuttgart, mit in den Vorstand eintritt, um vornehmlich die zentrale Führung der Lohnbewegung zu übernehmen. Der Verbandsausschuß ist diesen Beschlüssen beigetreten.

Die unbesoldeten Vorstandsbeisitzer R. Swintkowski, Tischler, und E. Tylinski, Tischler, haben ihre Mandate niedergelegt. An deren Stelle sind von der Zahlstelle Berlin die Kollegen Franz Mensch, Polierer, und Ernst Lemke, Tischler, gewählt worden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1920 und gleichzeitig der fünfte Extrabeitrag fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Zentralkommission der Vergolder.

Nachdem die Berliner Kollegen erklärt hatten, nicht mehr willens zu sein, die Geschäfte der Zentralkommission weiterzuführen, machte der Verbandsvorstand uns Kölner Vergoldern den Vorschlag, die Zentralkommission hier am Ort zu übernehmen. Eine am 30. Januar abgehaltene Branchenversammlung erklärte ihre Zustimmung, worauf dann, im Einverständnis mit dem Hauptvorstand, am 18. Februar die Zentralkommission in Köln gewählt wurde. Die Kollegen Stefan Dahmen, Martin Grimborn, Josef Linnartz, Jakob Kersten, und der Unterzeichnete als Vorsitzender, wurden in die Zentralkommission gewählt.

Damit nunmehr die neugewählte Zentralkommission den Wünschen der Kollegen im Reich Rechnung tragen kann, werden die Sektionsleitungen ersucht, umgehend die Adressen der Vorsitzenden an den Unterzeichneten einzusenden. Gleichzeitig ersuchen wir sämtliche Sektionen des Reiches, unverzüglich sich auszusprechen, wie sie über eine Branchenkonferenz denken. Wir als Zentralkommission, sowohl wie auch die Sektion der Vergolder Kölns, vertreten den Standpunkt, daß eine Branchenkonferenz für unser Gewerbe erforderlich ist. So wäre es, um nur eins herauszugreifen, nötig, über einen Reichstarif für das Vergoldergewerbe zu beraten. Nicht allein, daß wir darin einen Fortschritt sehen zur Besserung unserer Lage, sondern auch die Unternehmer unserer Branche streben in ihrer Organisation, welche sich ebenfalls über das ganze Reich erstreckt, einen Reichstarif an. Um in der ganzen Sache etwas Positives zu leisten, wäre eine gegenseitige Aussprache nötig. Aber auch abgesehen davon, bedarf die engere Fühlungnahme mit den einzelnen Sektionen einer Stärkung. Darum ersuchen wir die Kollegen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und einen kurzen Bericht an den Unterzeichneten einzusenden.

Die Zentralkommission:
J. A.: Wilhelm Quetting, Köln, Stolzestr. 14.

Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Iggingen bei Schw.-Gmünd, Mittweida, Lassan i. Pomm. (mittl.), Remagen a. Rh., Gera, Weinheim a. d. Bergstraße, Rochlitz i. Sa., Schleswig, Erfurt. Reflektanten wollen sich schriftlich nach hier wenden: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, „Holzarbeiter-Zeitung". P. Dupont.

Korrespondenzen.

Berlin. In der am 10. Februar abgehaltenen Generalversammlung wurde dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, wonach auf Grund des gefällten Schiedsspruches in allen Betrieben die Teuerungszulage von 1 Mk. gefordert wird, in denen diese seit dem Einreichen der Forderungen noch nicht oder noch nicht voll gewährt wurde. Den Streikenden in verschiedenen Branchen wird eine wöchentliche Zuwendung zur Streikunterstützung des Verbandes gewährt in Höhe von 30 Mk. für männliche Kollegen, 20 Mk. für weibliche und 15 Mk. für jugendliche. Zur Aufbringung der Mittel wurde die obligatorische Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrages von mindestens 1 Mk. beschlossen, der neben dem Verbandsbeitrag, der zurzeit insgesamt 4 Mk. beträgt, zu zahlen ist. Den Angestellten der Zahlstelle wurde eine Teuerungszulage von 200 Mk. monatlich bewilligt. Neu gewählt wurden als Angestellte der Zahlstelle die Kollegen Wilms und Lietz. An Stelle der Kollegen Swintkowski und Tylinski, die ihr Amt niedergelegt hatten, wurden die Kollegen Lemke und Mensch in den Verbandsvorstand gewählt. Beschlossen wurde, an den bevorstehenden Verbandstag den Antrag zu stellen, das Verbandsstatut dahin zu ändern, daß auch für einen außerordentlichen Verbandstag eine Neuwahl der Delegierten stattfindet.

Cöln. In der am 25. Januar abgehaltenen Generalversammlung, die recht gut besucht war, konnte von einer erfreulichen Entwicklung der Zahlstelle berichtet werden. Die Mitgliederzahl ist im abgelaufenen Jahr von 140 auf 340 gestiegen. Eine weitere Versammlung am 8. Februar beschäftigte sich mit dem Tarifvertrag, der am 1. März in Kraft tritt. Der vorgelegte Entwurf, der sich im wesentlichen an den Reichstarif anlehnt, fand einstimmige Annahme.

Frankenberg i. Sa. (Bürstenmacher.) Auch wir begrüßen es, daß ein Reichstarif zustande gekommen ist. Ihn durchzuführen, ist aber nicht so leicht, wie man annimmt, zumal in Orten, wo die Kollegen nicht so organisiert sind wie hier. Bei uns ist die dritte Lohnklasse maßgebend. Die Unternehmer wollten die dritte Klasse durchaus nicht zahlen, weil ausschlaggebende Bezirke, wie Schönheide usw., bei ihrer Konkurrenz auch nur die niedrigste Lohnklasse zu zahlen brauchen. Wir betrachten es daher als einen großen Fehler, daß große Industriebezirke, wie sie unser Beruf aufweist, der vierten Lohnklasse angehören und dabei die Lebensbedingungen dieselben sind wie in Orten einer höheren Klasse. Das sollte beseitigt werden. Nach unserer Auffassung wird ein großer Einfluß der Unternehmer in den betreffenden Bezirken ausschlaggebend gewesen sein. Auch weitere Verhandlungen zwecks Teuerungszulage sind sehr angebracht.

Essen. (Drechsler.) In einer am 22. Februar veranstalteten Zusammenkunft beschäftigten sich die Kollegen mit den Aufgaben der bevorstehenden Konferenz. Insbesondere wurde die Frage erörtert, wie eine bessere Verbindung mit den Kollegen in den Nachbarstädten aufrechterhalten werden kann. Es wurde eine Zusammenkunft in Aussicht genommen, auf welcher man sich auch über die Delegation verständigen wird. Die Zustände bei der Firma Siegel wurden einer scharfen Kritik unterzogen.

Hachenburg. Auch hier auf den Höhen des Westerwaldes hat nun der Holzarbeiter-Verband festen Fuß gefaßt. Unsere Zahlstelle hat nach kaum einjährigem Bestehen 230 Mitglieder, und wir haben auch schon recht ansehnliche Erfolge erzielt. Als wir die Zahlstelle gründeten, war hier der höchste Stundenlohn 65 Pf., und heute, nach kaum einem Jahr, beträgt derselbe 2,70 Mk. durchschnittlich. Nun müssen auch sämtliche Kollegen treu zum Verband halten und ihm die noch Fernstehenden zuführen.

Halberstadt. Eine von mehr als 400 Kollegen und Kolleginnen besuchte Versammlung nahm am 11. Februar Stellung zur Durchführung des Reichstarifs und der vom Arbeitsministerium gefällten Schiedssprüche. Die Unternehmer hatten erklärt, diese nicht anerkennen zu wollen; statt der 3,70 Mk. Durchschnittslohn, die uns zustehen, wollen sie nur 3,30 Mk. pro Stunde zahlen. Es wird jetzt noch versucht, durch Vermittlung des Schlichtungsausschusses die Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages zu bewegen; die Kollegen stehen aber einmütig auf dem Standpunkt, daß von dem Schiedsspruch nichts heruntergehandelt werden darf und daß sie zu seiner Durchführung auch nicht vor einem Kampf zurückschrecken werden. — In der Beitragsfrage wurde beschlossen, bis zum 1. April 2,70 Mk. und von da ab 3 Mk. wöchentlich zu zahlen.

Köln. In der am 27. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde der Jahresbericht erstattet. Die hauptsächlichste Arbeit nahmen die Lohnbewegungen in Anspruch. Im Jahre 1919 wurden insgesamt 54 Lohnbewegungen, davon acht mit Streiks, geführt. Daran waren insgesamt 10 129 Kollegen und 937 Kolleginnen unseres Verbandes beteiligt. An Lohnerhöhungen wurden im verflossenen Jahr insgesamt elf Millionen Mark erzielt. Gegenüber Friedensverhältnissen eine enorme Summe. Aber alle Lohnerhöhungen schwinden ebenso schnell durch die anhaltende Teurung dahin. Die Mitgliederzahl ist von 1170 zu Beginn des vierten Quartals 1918, auf 4861 am Schlusse des vierten Quartals 1919 gestiegen. Der höchste Friedensstand der Mitgliederzahl vom Jahre 1914 ist um 100 Prozent überholt. Die statistische Erhebung ergibt, daß die Kölner Holzarbeiter aller Branchen so ziemlich restlos organisiert sind. In allen Branchen sind mit den Arbeitgebern Verträge abgeschlossen worden. Der Aufstieg unserer Organisation spiegelt sich auch im Kassenbericht, der recht befriedigend lautet. Über die letzten Lohnbewegungen konnte berichtet werden, daß mit dem Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe, sowie mit der Tischlerinnung zu Köln-Mülheim eine Verständigung erzielt worden ist. Das Ergebnis ist folgendes: Auf alle bestehenden Löhne der Fach- und Hilfsarbeiter über 20 Jahre erfolgte am 16. Januar ein Teuerungszuschlag von 50 Pf., ab 30. Januar weitere 50 Pf. pro Stunde. Für alle Fach- und Hilfsarbeiter unter 20 Jahren, sowie alle Arbeiterinnen erfolgt zu den gleichen Terminen ein Aufschlag von 30 Pf. pro Stunde. Die Versammlung stimmte diesem Ergebnis zu. Mit den übrigen Arbeitgeberorganisationen, sowie Goldleistenfabriken, Schirmfabriken und Sägereien schweben Verhandlungen zum Teil beim Schlichtungsausschuß. Bezüglich der Extrabeiträge wurde beschlossen, daß sich die ab 1. Februar zu leistenden wöchentlichen Extrabeiträge nach der Lohnhöhe richten sollen, und zwar sind zu zahlen bei einem Stundenlohn bis zu 2 Mark 50 Pf., von 2 bis 3 Mark 1,50 Mk., von 3 bis 4 Mark 1,50 Mk. und über 4 Mark 2 Mk.

Leipzig. (Bildhauer.) Die Leipziger Holzbildhauer stimmen mit der von der Zentralkommission in Nr. 3 der „Holzarbeiter-Zeitung" zum Ausdruck gebrachten Meinung vollständig überein. Ein Reichstarif bringt für die Kollegen gewiß manche Vorteile, besonders in den Orten und Bezirken, wo die Verhältnisse noch sehr zurückgeblieben sind. Doch lehnen wir es ab, ohne Berücksichtigung unserer beruflichen Verhältnisse, so ohne weiteres dem Reichstarif eingegliedert zu werden. Akkordarbeit ist auf alle Fälle fernzuhalten. Auch die Ferien sind für uns anders zu regeln. Die Versicherung des Werkzeuges ist wohl schon überall durchgeführt, nur mit der Entschädigung für Werkzeugabnutzung können wir uns nicht befreunden und verfolgen in dieser Frage einen anderen Weg. Bei unserem letzten Tarifabschluß war es uns möglich, für den Bildhauer als Qualitätsarbeiter im Gegensatz zum Tischler 10 Pf. mehr pro Stunde zu erreichen. Hierin ist enthalten: die Ausgabe für Werkzeugabnutzung, Berufskleidung und Fortbildung. Zum Ablauf des Tarifs am 15. Februar stellten wir folgende Forderungen: 25 Prozent höhere Mindest- und Durchschnittslöhne als die übrigen Facharbeiter, Erhöhung der Montagezuschläge um 25 Prozent, Versicherung des Werkzeuges mit 600 Mk., sechs Tage Ferien für jeden Kollegen. Über diese Forderungen schweben gegenwärtig Verhandlungen mit den Arbeitgebern, und werden wir versuchen, auf dieser Grundlage dem Reichstarif näherzukommen. Es ist aber unbedingt notwendig, daß die Bildhauer auf einer Reichskonferenz möglichst bald zu der Frage des Reichstarifs mit allen seinen Begleiterscheinungen Stellung nehmen und ihre Wünsche und Forderungen hierzu besprechen. Auch schon deswegen, damit die Bewegungen, die noch örtlich geführt werden müssen, einheitliche Richtung und Ziel erhalten. Die Leipziger Holzbildhauer erwarten von der Zentralkommission, daß sie in allernächster Zeit eine Konferenz zustande bringt.

München. (Maschinenarbeiter.) In ihrer letzten gutbesuchten Branchenversammlung beschäftigten sich die Kollegen mit der bevorstehenden Konferenz. Lebhaft wurden die bereits bei der Nationalversammlung eingebrachten Forderungen der Maschinenarbeiter besprochen und nachdrücklichst gefordert, dieselben endlich einmal zur Beratung und zur Durchführung zu bringen. Das Vorgehen der Berufsgenossenschaften wurde kritisiert, die gegenwärtig wieder sehr ausgiebig von der Rentenherabsetzung Gebrauch machen, obwohl die den verstümmelten Kollegen gewährte Rente ohnehin nicht zu hoch ist. Unsere alte Forderung Aufhebung von Rentenkürzungen aus Arbeiterkreisen, wurde aufs neue erhoben. Die Kollegen protestierten gegen das Verhalten der Berufsgenossenschaften, welche die ganze Verantwortung für die Unfallsicherheit der Betriebe den Betriebsräten aufhalsen wollen. Heute noch werden von Berufsgenossenschaften Anweisungen hinausgegeben, wonach dem Arbeiten von Frauen an den gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen nichts im Wege steht, obwohl wir schon jahrelang dagegen kämpfen. Wir wollen nicht etwa die Frauen aus dem Arbeitsprozeß der Holzindustrie verdrängen, aber wir könnten und dürfen nicht zusehen, daß außer Tausenden von Männern, die täglich den Gefahren ausgesetzt sind, auch noch unsere Frauen mit den gefährlichen Arbeiten beschäftigt und als billige Arbeitskraft von den Unternehmern ausgenützt werden. Die nun nach dem Krieg wieder in Kraft getretenen Arbeiterschutzbestimmungen müssen unbedingt eingehalten und die Riefenbänken von Maschinen gezwungen werden, auch die nötigen brauchbaren Schutzvorrichtungen mitzuliefern. Ohne diese dürften die Maschinen nicht in Gang gesetzt werden. Die Unfallschutzkommissionen und Vorortsstellen dürften nun überall bei den Behörden Anerkennung gefunden haben; sollte das nicht der Fall sein, so muß dies unbedingt durchgesetzt werden, so daß auch bei Konferenzen von Gewerberäten und in den Jahressitzungen der Berufsgenossenschaften die jeweiligen Vorsitzenden beider Korporationen als Fachmänner mit Sitz und Stimme zugezogen werden können. Die Münchener Kollegen sind der Meinung, daß in Zukunft bei der Aufklärung und Besserung unseres Unfallschutzes einerseits sowie bei der Heranziehung der unserer Organisation noch fernstehenden Maschinenarbeiter, Säger und Schneidemüller anderseits nur ein Erfolg erzielt werden kann, wenn die Zentralkommission das Recht besitzt, selbständige Agitationstouren mit unserer Wanderausstellung zu unternehmen. Dann wird es ausgeschlossen sein, daß es noch Maschinenarbeiter gibt, die von unseren ganzen Einrichtungen noch gar nichts wissen. Die Maschinistenausweise, die bei uns in München eingeführt und bereits schon in der Konferenz 1911 beantragt worden sind, haben schon in einigen Städten Nachahmung gefunden und werden zweifellos ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn sie als Fachausweise eingeführt werden. Nach unseren Erfahrungen muß das Zusammenarbeiten innerhalb der Organisation und Sektion durchgreifender werden; wenn jeder Maschinenarbeiter nach den Bestimmungen des Reichstarifs nach einem Jahr den Fachausweis in der Tasche hat, dann weiß jeder Kollege, was er zu tun und zu lassen hat und wohin er gehört. Es wäre zu wünschen, daß die Kollegen, die als Delegierte zur Konferenz kommen, unsere Anregungen mit auf den Weg nehmen und dieselben prüfen, dann wird auch der Erfolg unserer Aussprache auf der Konferenz nicht ausbleiben.

Neuwied. In der Generalversammlung am 31. Januar wurde nach Entgegennahme des Jahresberichts die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen. Der Bevollmächtigte, Kollege Söll, wurde wiedergewählt. An Stelle des zum Bezirksleiter gewählten Kollegen Eckerlein, der sein Amt seit 19 Jahren verwaltet hat, wurde der Kollege Knaup zum Kassierer gewählt. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie es zu wünschen gewesen wäre. Den Kollegen muß empfohlen werden, dem Verbandsleben größeres Interesse entgegenzubringen.

Rathenow. In der am 13. Februar abgehaltenen leidlich gutbesuchten Mitgliederversammlung sprach Kollege Lieske (Berlin) über das Betriebsrätegesetz. Wenn der Redner auch nicht allen Kollegen aus der Seele gesprochen hatte, so war sein Vortrag doch lehrreich genug, das Interesse jedes einzelnen zu finden. Wünschenswert wäre es darum, daß die Versammlungen noch viel fleißiger besucht würden.

Schönheide i. Erzgeb. Die Hochkonjunktur in der Bürstenindustrie hat auch in den Monaten Januar und Februar angehalten; alle Betriebe sind voll beschäftigt und dabei entstehen täglich neue. Fast jeder ältere Kontorschreiber hat zu Hause noch Bürstenfabrikation, meistens mit Heimarbeitern. Neuerdings sind eine Reihe Kleinbetriebe aufgedeckt worden, wo schulpflichtige Kinder bis in die späten Abendstunden beschäftigt wurden. Auch gibt es noch eine Anzahl Arbeiter, die, von der Habgier geplagt, nach Arbeitsschluß noch in neuentstandenen Zwergbetrieben einen zweiten Arbeitstag anfangen. Wie in einer Falschmünzerwerkstatt, ihres verwerflichen Treibens wohl bewußt, sitzen sie dann hinter sorgfältig verhängten Fenstern und murksen den neugebackenen „Fabrikanten" den Gewinn zusammen, die sich dann im Stillen eins ins Fäustchen lachen über die Dummheit der Arbeiter. So bringt hier die Hochkonjunktur wohl Arbeit und Verdienst, aber auch viele ungesunden Auswüchse.

Suhl. Während vor dem Kriege die Kollegen sich wenig um den Verband kümmerten, sind jetzt ausnahmslos alle Kollegen am Ort organisiert. Hier wurden zum Teil recht niedrige Löhne gezahlt, und noch voriges Jahr mußten wir mit einen Stundenlohn von 1,35 Mk. fürlieb nehmen. Seit aber die Kollegen im Verband sind, hat sich die Lage geändert, und bei unserem letzten Tarifabschluß konnten wir unsere Forderung von 50 Prozent auf alle bestehenden Löhne zur Durchführung bringen. Zurzeit beträgt der Lohn für alle über 20 Jahre alten Facharbeiter 3,30 Mk. pro Stunde. Gewiß ein schöner Erfolg.

Unsere Lohnbewegung.

Eine neue Vereinbarung für die Stockindustrie.

Mit dem Verband Deutscher Stockindustrieller wurden in den Tagen vom 18. bis 20. Februar in Kassel Verhandlungen gepflogen, die zum Abschluß einer neuen Lohnvereinbarung führten. Hiernach wird mit Wirkung vom 12. Januar an eine Teuerungszulage gewährt, die für alle über 22 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Tarifklassen I und II 1 Mk., in Tarifklasse III 90 Pf. beträgt. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 20 bis 22 Jahren ist die Zulage um 10 Pf., von 18 bis 20 Jahren um 20 Pf. und von 16 bis 18 Jahren um 30 Pf. niedriger. Es betragen nunmehr die Durchschnittslöhne für Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre:

	Tarifklasse I	II	III	
Facharbeiter	3,95	3,70	3,35	Mk.
Hilfsarbeiter	3,35	2,95	2,70	„
Facharbeiterinnen	2,80	2,45	2,15	„
Hilfsarbeiterinnen	2,25	2,—	1,75	„

Die Mindestlöhne sind je um 25 Pf. niedriger bemessen. Außerdem ist bestimmt, daß in den drei weiteren Altersklassen die Durchschnitts- und Mindestlöhne um 20 bzw. um 40 und 60 Pf. niedriger sind. Anrechnungsfähig auf die Zulagen sollen die nach dem 1. Dezember 1919 örtlich vereinbarten Zulagen insoweit sein, als mit diesen Zulagen die Durchschnittslöhne erreicht werden, jedoch mit der Maßgabe, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen keine Zulage bekommen würden, dennoch unter allen Umständen eine Sonderzulage von 1 Mk. für den Tag erhalten. Zur Berechnung der Akkordpreise ist eine neue Akkordbasis vereinbart. Von den sonst noch getroffenen Vereinbarungen ist zu erwähnen, daß beschlossen wurde, für die Stockindustrie ein Tarifamt einzusetzen, über dessen Organisation und Befugnisse zentrale Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen zu führen sind. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 1. April und kann von da an mit einer Frist von vier Wochen jederzeit gekündigt werden.

Verhandlungen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet.

Gemäß der Vereinbarung vom 28. Januar haben am 23. Februar in Essen erneute Verhandlungen über weitere Lohnzulagen für das Lohngebiet „Rheinisch-westfälischer Industriebezirk" stattgefunden.

Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß auf die bestehenden Löhne ein Lohnaufschlag ab 1. März von 50 Pf. und ab 1. April noch einmal 50 Pf. gezahlt werden soll. Die vertraglichen Durchschnittslöhne betragen demzufolge für alle Facharbeiter über 18 Jahre ab 1. April in Lohnklasse A 4,85 Mark, in Lohnklasse B 4,75 Mk. und in Lohnklasse C 4,65 Mk.

Es wurden in Essen auch für alle anderen Lohngebiete Lohnsätze normiert (nicht vereinbart), und soll die Zustimmung der Arbeitgeber aus diesen Lohngebieten auf schriftlichem Wege eingeholt werden. Erfolgt die Zustimmung nicht, dann werden in der ersten Märzwoche Verhandlungen in den einzelnen Lohngebieten stattfinden.

Lohnregelung für die Sägereibetriebe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

In Essen fanden am 16. Februar Verhandlungen in der Grubenholzbörse für die Sägereibetriebe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet statt. In den einzelnen Lohnklassen wurden Lohnaufbesserungen von 60 bis 80 Pf. ab 16. Februar vereinbart. Über die endgültige Regelung der Ferienfrage und Änderungen an der Ortsklasseneinteilung soll demnächst weiterverhandelt werden. Wir haben uns vorbehalten, demnächst erneute Verhandlungen über weitere Lohnzulagen zu beantragen. Nach der nunmehrigen Vereinbarung betragen die Durchschnittslöhne

in Ortsklasse	a	b	c	d	e
Arbeiterklasse 1:	3,90	3,65	3,40	3,15	2,90
" 2:	3,65	3,40	3,15	2,90	2,65
" 3:	3,15	2,95	2,75	2,55	2,30
" 4:	2,55	2,30	2,10	1,90	1,70
" 5:	2,25	2,—	1,75	1,50	1,30
" 6:	1,90	1,70	1,50	1,30	1,10

In Berlin ist mit den Modellfabrikanten am 12. Februar ein Abkommen getroffen worden, nach welchem auf die bestehenden Löhne, die 3,85 bis 4,10 Mk. betragen, eine Zulage von 85 Pf. pro Stunde gewährt wird. Die seit dem 2. Januar gewährte Teuerungszulage von 24 Mk. und für jedes Kind 3 Mk. bleibt bestehen; hinzu kommen aber noch 3 Mk. wöchentlich für die Ehefrau. Im übrigen gilt der mit dem Arbeitgeber-Schutzverband abgeschlossene Reichstarif mit der Maßgabe, daß dem Betriebsrat das Einspruchsrecht bei Einstellungen und Entlassungen für alle Fälle gesichert bleibt. Die neuen Zulagen werden vom 16. Februar an gewährt, das Abkommen gilt bis zum 15. Februar 1921. Bei Veränderungen in der Wirtschaftslage kann jederzeit über eine Neuregelung der Löhne verhandelt werden.

In Dietz a. d. Lahn waren in der Stuhlfabrik täglich zwei Überstunden angeordnet und von unseren Kollegen auch eine Woche lang geleistet worden. Auf die Dauer waren sie aber solcher Anstrengung nicht gewachsen. Als das dem Chef durch den Arbeiterausschuß mitgeteilt wurde, war er sehr ungehalten. Er glaubte, daß er noch wie früher seinen Zweck mit Drohungen erreichen könnte, ohne zu bedenken, daß er es jetzt mit organisierten Arbeitern zu tun hat. Als er ankündigte, daß jeder, der Überstunden verweigere, sofort entlassen werde, hat er gewiß gehofft, daß die Kollegen zu Kreuze kriechen würden. Statt dessen wurde er beim Wort genommen, und der Betrieb stand still. Jetzt fand der gestrenge Chef sogar den Weg in die Wohnung des [illegible]. Das Ergebnis der Verhandlung war die Zurücknahme der Kündigung und die Bezahlung der verlorenen Arbeitszeit. Anderen Tages wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Kollegen haben gesehen, wie stark sie durch die Organisation sind.

In Dresden und Kötzschenbroda haben die Korbmacher gemeinsam eine Lohnbewegung durchgeführt. Dem Verlangen, als Zuschlag auf die gestellten Forderungen vom 16. Januar an eine Teuerungszulage von 25 Mk. wöchentlich für männliche und 16,50 Mk. für weibliche Arbeiter zu zahlen, stimmte der Verband der Korbwarenhersteller ohne weiteres zu. In Verhandlungen, die dann vom 5. bis 11. Februar geführt wurden, wurde ferner vereinbart, daß die Gestellarbeiter sofort 50 Prozent und ab 1. April weitere 20 Prozent Zuschlag auf die bisherigen Löhne erhalten. Der Durchschnittslohn beträgt jetzt 4,50 Mk., ab 1. April 5,10 Mk. pro Stunde, der Mindestlohn 3,50 Mk. Auf Flechtenkörbe beträgt der Aufschlag 44 Proz., auf Pattenkörbe 64 Proz., der Durchschnittslohn beträgt hier 3,74 Mk. In der geschlossenen Branche beträgt der Zuschlag 50 Prozent, der Durchschnittslohn [illegible] Mk. In der Grünbranche werden 35 Prozent, für [illegible] 27 Prozent und für Arbeiterinnen [illegible] Zuschlag gezahlt. Diese Zuschläge verstehen sich auf die am 16. Februar gezahlten Löhne. Der Reichstarif [illegible].

[illegible] wurden am [illegible] Februar [illegible] Schiedsspruches geführt.

Zunächst haben nur zwei Firmen den Schiedsspruch anerkannt, doch gelang es, auch die übrigen Unternehmer zur Anerkennung zu bewegen. Jetzt gilt es, das Erreichte festzuhalten. Diese Mahnung muß auch an die Kollegen in den Sägewerken gerichtet werden. Jeder muß selbst auf dem Posten sein; wenn das nicht der Fall ist, dann ist auch alle Mühe der Verwaltung vergeblich.

In Saarbrücken stehen die Kollegen seit Ende Januar im Streik. Die Unternehmer in „Saarablen" sind darauf bedacht, sich ihren Ruhm als Vorbilder des Scharfmachertums zu sichern. Die Unternehmer des Holzgewerbes schwimmen hier völlig im Schlepptau der Bauprotzen. Sogar bei den Verhandlungen über die Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe sind die Arbeitgeber des Holzgewerbes ausgeschaltet. Die Herren vom Baubund diktieren, und in ihrem Syndikus Dr. Schmidt haben sie einen würdigen Wortführer. Bei den letzten Verhandlungen wurden die Arbeiter von den Bauprotzen wieder mit Hohn und Spott behandelt. Sie stellten sogar das Ansinnen, die neunstündige Arbeitszeit wiedereinzuführen. Das Verlangen unserer Kollegen, mit den Arbeitgebern des Holzgewerbes direkt zu verhandeln, wurde rundweg abgelehnt. In der Lohnfrage wurden nur völlig unzureichende Zugeständnisse gemacht. Darauf erfolgte die Arbeitseinstellung. Etwa 200 männliche und 40 weibliche Verbandsmitglieder befinden sich seit über vier Wochen im Streik.

In Schwenningen wurde zu dem am 1. Oktober für die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes abgeschlossenen Kollektivabkommen eine ab 1. Januar zahlbare Teuerungszulage vereinbart, die beträgt: für Facharbeiter über 25 Jahre 1 Mk. pro Stunde, von 18 bis 25 Jahren 80 Pf. pro Stunde, unter 18 Jahren 50 Pf. pro Stunde; Hilfsarbeiter über 18 Jahre erhalten 1 Mk., Arbeiterinnen über 18 Jahre gleichfalls 1 Mk., doch nicht über 100 Prozent ihres Tariflohnes, was für Arbeiterinnen unter 25 Jahren in Betracht kommt.

In Sommerfeld haben die Kollegen am 7. Februar die Arbeit eingestellt, weil ihnen der geforderte Stundenlohn von 2,70 Mk. nicht gezahlt wurde. Die Unternehmer wollten den Kollegen zeigen, daß sie die Meister sind. Nach achttägigem Streik wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, und jetzt bestanden die Kollegen auf Anerkennung des Schiedsspruches vom 23. Januar. Dementsprechend hat der Schlichtungsausschuß auch entschieden. Da sich die Unternehmer zu diesem Spruch noch nicht erklärt haben, konnte die Arbeit vorläufig noch nicht aufgenommen werden.

In Steblgotten in Ostpreußen haben die Kollegen in dem Sägewerk den Streik, der bereits am 26. Nov. begann, nunmehr erfolgreich beendet. Nach einer anfangs November getroffenen Vereinbarung sollte eine Zulage von 25 Prozent gewährt werden; die Firma wollte aber nur 10 Prozent bewilligen. Jetzt, nach zehnwöchigem Streik, hat sie nachgegeben. Den Kollegen muß außer der Nachzahlung der Zulage eine Entschädigung im Gesamtbetrag von 10 000 Mk. gezahlt werden. Alle Streikenden sind wiedereingestellt.

In Trossingen wurden in den Harmonikafabriken Teuerungszulagen erlangt, die betragen: für Facharbeiter von 16 bis 18 Jahren 40 Pf., von 19 bis 22 Jahren 80 Pf., von 23 bis 25 Jahren 90 Pf., über 25 Jahre 1 Mk.; Hilfsarbeiter über 18 Jahre erhalten 1 Mk., Arbeiterinnen von 14 bis 15 Jahren 20 Pf., von 16 bis 18 Jahren 40 Pf., von 19 bis 22 Jahren 70 Pf., über 22 Jahre 80 Pf. Dieser Erfolg war nur zu erzielen, nachdem sich die Harmonikaarbeiter vollzählig der Organisation angeschlossen haben.

In Weida wurde nach einwöchigem Streik die Anerkennung des Schiedsspruches erreicht. Die Arbeit wurde am 23. Februar wiederaufgenommen.

Aus der Holzindustrie.

Branchenkonferenz der Stuhlarbeiter.

Die Konferenz, die am 8. und 9. Februar in Dresden tagte, versammelte Kollegen aller bedeutenden Orte und Bezirke der Stuhlindustrie: das Geringswalder, das Rabenauer, das erzgebirgische, das Harz-, das Deister-, das württembergische, das thüringische Gebiet und viele Orte mit Einzelbetrieben. Insgesamt waren 26 Orte mit 28 Delegierten vertreten. Den Bericht der Zentralkommission erstattete Kollege Wustlich (Rabenau). Die Zentralkommission hat es als ihre Aufgabe betrachtet, die Agitation zu fördern und einer einheitlichen Akkordpreisgestaltung die Wege zu ebnen. Für Sachsen ist der von ihr ausgearbeitete Kalkulationstarif im Jahre 1919 bereits zur Wirklichkeit geworden. Die Zentralkommission hat die Streitfrage Lohn- oder Akkordarbeit mehrfach erörtert und ist dabei zu dem Standpunkt gekommen, daß für die Arbeit an den Maschinen unbedingt Zeitlohn zu fordern ist, während für den eigentlichen Stuhlbauer Bedenken gegen die Akkordarbeit nicht bestehen, wenn die Bedingungen durch den Verband gesichert sind.

Die Aussprache ließ erkennen, daß der ehemals als zurückgeblieben geltende Beruf des Stuhlarbeiters es durch den Verband fast überall mit Erfolg versucht hat, seine Arbeitsverhältnisse denen der Holzindustrie im allgemeinen anzupassen, also erheblich zu verbessern. Die Wirksamkeit der Zentralkommission, insbesondere ihre Arbeit am Kalkulationstarif, fand allgemeine Anerkennung, so daß ein Angebot des Bezirks Geringswalde—Waldheim—Hartha, die Arbeiten der Zentralkommission zu übernehmen, keine Gegenliebe fand und deren Sitz nach wie vor in Rabenau bleibt.

Über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sprach der Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Tarnow, der an der historischen Entwicklung der Lohnkämpfe und des Tarifgedankens zeigte, wie der Tarifvertrag im Verband zum Kampfmittel für den Aufstieg der Kollegenschaft geworden ist. Der Reichstarif ermöglicht es, die Eigenheiten der einzelnen Berufe in Zusatzverträgen zu berücksichtigen; der Kalkulationstarif für die Stuhlarbeiter hat sich als brauchbare Unterlage erwiesen. Das Referat klang in die Frage aus, ob die Stuhlarbeiter ihre Unterstellung unter den Reichstarif der Holzindustrie wünschen. Die Diskussionsredner äußerten sich durchweg in bejahendem Sinne, indem sie dabei gleichzeitig bei hohen [illegible] Regelung für das ganze Reich begrüßten. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die am 8. und 9. Februar in Dresden tagende Konferenz der Stuhlarbeiter erkennt den jetzt abgeschlossenen Reichstarif für die deutsche Holzindustrie als ein brauchbares Mittel für die Regelung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse auch der Stuhlarbeiter an. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um dem Reichstarif für die gesamte Stuhlindustrie Geltung zu verschaffen.

Soweit die besonderen Verhältnisse in der Stuhlindustrie durch den allgemeinen Vertrag noch nicht geregelt sind, können Zusatzvereinbarungen zum Reichstarif abgeschlossen werden. Insbesondere trifft das zu auf Akkord- und Kalkulationstarife, wofür gleichfalls eine zentrale Regelung erstrebenswert ist. Die Zentralkommission wird beauftragt, diese Frage im Auge zu behalten und gegebenenfalls dem Verbandsvorstand geeignete Unterlagen für eine zentrale Regelung zu unterbreiten.

Recht eingehend wurde bei diesem Punkt die Frage der Akkordarbeit besprochen. Diese Arbeitsweise herrscht in den Betrieben für die Gruppe der Stuhlbauer fast ausnahmslos, für die der Stuhlpolierer vielfach, für die Maschinenarbeiter aber nur ganz vereinzelt. Der Vorstandsvertreter erklärte, daß für den Verband von jeher diese Frage keine grundsätzliche, sondern eine taktische sei, die also von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Die Hauptsache sei, daß der Arbeiter dabei zu seinem Recht komme. Volkswirtschaftlich wichtig sei, höchste Produktion mit geringstem Kraftaufwand und höchster Lebenshaltung zu verbinden. Die Meinung der Delegierten ging fast einmütig dahin, daß in ihrem Beruf die tariflich geregelte Akkordarbeit der mit kleinlicher Zeitkontrolle verbundenen Lohnarbeit vielfach vorgezogen werde, zum mindesten nicht schlimmer sei als diese. Grundsätzlich zu verwerfen sei die Akkordarbeit nur für die Maschinenarbeiter, die aber dafür nicht, wie jetzt vielfach, im Verdienst hinter den akkordarbeitenden Stuhlbauer zurückgestellt werden dürften.

Das letzte Referat hatte der Gauvorsteher Gerlitzke (Dresden) übernommen, der über Organisation und Agitation unter den Branchenangehörigen sprach und dabei auf Grund der gegebenen Ortsberichte feststellen konnte, daß allzuviel an neuen Mitgliedern aus diesem Beruf nicht mehr herauszuholen ist. Sind doch einzelne früher ganz unzugängliche Betriebe jetzt bis auf den letzten Mann im Verband. Die Zahl der in der Stuhlindustrie beschäftigten Personen wird auf 14 000 bis 15 000 geschätzt. Wo es nun gegenwärtig an manchen Orten weniger zu organisieren gibt, muß um so eifriger an der Schulung und Disziplinierung der Neugewonnenen gearbeitet werden. Die Konjunktur wird nicht immer so bleiben wie heute, und dann gilt es, zu kämpfen, um die Errungenschaften zu erhalten. Dem Zweck unserer Kampfesrüstung dient auch die gegenwärtige Beitragserhöhung. Die Diskussion bewegte sich durchweg in zustimmendem Sinne. Dabei wurde gewünscht, die Agitation unter den Stuhlflechterinnen im Auge zu behalten, da mit der zunehmenden Einfuhr auch diese Arbeit wieder aufleben wird, und zum anderen wie bisher politische Streitigkeiten aus dem Verbandsleben fernzuhalten. Im wirtschaftlichen Leben sollen sich die Kollegen weniger auf die Hilfe von außen als auf die eigene Kraft verlassen.

Als Gesamtergebnis der zweitägigen Verhandlungen konnte zum Schluß die Feststellung des Aufstiegs der Stuhlarbeiter aus dem ehemaligen Elendsberuf zu normal Entlohnten und eine geschlossene Marschroute für die Zukunft gezogen werden. ft.

Um den Achtstundentag.

Es gibt immer noch Unternehmer, die sich mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit nicht abfinden können, und sie finden für ihre Schmerzen bei gewissen Preßorganen willig Gehör. So ging kürzlich durch die bürgerlichen Blätter in Köln ein Klagelied, das von dem Inhaber einer Kistenfabrik erzählte, der wegen Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit in allen Instanzen verurteilt wurde, obwohl der Arbeiterausschuß einstimmig für die 9½stündige Arbeitszeit eingetreten sei und der Unternehmer sich vergeblich bemüht hatte, vom Arbeitsnachweis Arbeitskräfte zu beziehen. Bei dieser Gelegenheit vergossen die Tintenkulis einige Krokodilstränen über die armen, fleißigen Arbeiter, denen man nicht gestatten will, durch Überstunden aus dem Elend unserer Lage herauszukommen.

Unsere Kölner Ortsverwaltung ist der rührseligen Geschichte nachgegangen und hat festgestellt, daß es sich offenbar um den Kistenfabrikanten Ch. W. Frisch in Köln-Sülz handelt. Der Brave hat sich im Januar vorigen Jahres entschieden geweigert, mit unserem Verband zu verhandeln. Die Verordnung über den Achtstundentag existierte für ihn nicht, und die Ablehnung jeder tariflichen Vereinbarung mit der Gewerkschaft war ihm Prinzip. Die Klage, daß er sich vergeblich um Arbeitskräfte bemüht hätte, ist unwahr. Gerade in der fraglichen Zeit waren zahlreiche Arbeitslose vorhanden, die von der Stadt mit Notstandsarbeiten beschäftigt wurden, während Frisch Überstunden machen ließ. Diesem Unfug machte erst auf Anrufen unserer Verwaltung der Demobilmachungskommissar ein Ende. Die Geldstrafe, die über Frisch verhängt wurde, hat schließlich auch das Oberlandesgericht bestätigt. Schließlich ist auch nach Überwindung einiger Hindernisse am 23. Juli 1919 zwischen Frisch und der Arbeiterschaft seines Betriebes, vertreten durch den Deutschen Holzarbeiter-Verband, eine Vereinbarung getroffen worden, welche die achtstündige Arbeitszeit vorsieht. Daraus kann man ermessen, was es mit der angeblichen Stellungnahme des Arbeiterausschusses für die 9½stündige Arbeitszeit für eine Bewandtnis hat.

Man kann den Schmerz des renitenten Unternehmers nachfühlen, und man begreift, daß er Gesinnungsfreunde findet, die ihm bestätigen, daß der Achtstundentag ein schweres Unrecht ist, das den profitlüsternen Unternehmern zugefügt wird. Aber auch die rührseligsten Märchen können an der Tatsache nichts ändern. Die Arbeiter werden sich den Achtstundentag nicht wieder nehmen lassen und die Holzarbeiter am allerwenigsten.

Der bayerische Sägetarif für allgemeinverbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister gibt bekannt, daß der am 24. Juli 1919 mit dem Verein bayerischer Holzinteressenten abgeschlossene Tarifvertrag nebst der Nachtragsvereinbarung vom 21. November 1918 unterm 28. Januar 1920 auf Blatt 530 des Tarifregisters eingetragen wurde. Damit ist dieser Tarifvertrag für allgemein verbindlich erklärt. Er gilt für das Gebiet des Freistaates Bayern, und zwar für alle Sägewerke, in welchen mehr als zwei Arbeiter beschäftigt werden und in denen die Landwirtschaft nicht Hauptbetrieb ist, und für Nebenbetriebe von Sägewerken, wie grobe Holzwarenfabriken, Kisten-, Holzwollefabriken, Holzlagerplätze, Holzsammellagerbetriebe. Die allgemeine Verbindlichkeit des Hauptvertrags beginnt mit dem 1. Oktober 1919, die des Nachtrags mit dem 1. Januar 1920.

Extrabeiträge und Beitragserhöhung.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter (H.-D.) erhebt nun auch Extrabeiträge. Von der achten Woche an muß jedes Mitglied einen wöchentlichen Extrabeitrag in Höhe von 60, 80, 100, 130, 160 oder 200 Pf. zahlen. Die Ortsvereine beschließen über die Höhe des Extrabeitrages und sollen den wählen, der mit dem jetzigen Beitrag zusammen einem Stundenlohn am nächsten kommt. Über erhöhte Unterstützungssätze, die nach Zahlung von 13 Extrabeiträgen gewährt werden können, wird der Vorstand demnächst beschließen.

Der christliche Holzarbeiter-Verband beruft seinen außerordentlichen Verbandstag, auf dem u. a. über die Beitragserhöhung beschlossen werden wird, auf den 9. Mai nach Würzburg.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften in Westpolen.

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages am 10. Januar sind größere Gebiete im Osten, die bisher zu Deutschland gehörten, an den Freistaat Polen gefallen. Damit sind auch die Gewerkschaftsorganisationen in jenen Gebieten genötigt, sich neu zu orientieren. In der Voraussicht des Kommenden hat bereits am 20. Juli 1919 in Bromberg ein Kongreß getagt, auf welchem ein Gewerkschaftsbund gegründet wurde, der nun seine Tätigkeit aufgenommen hat. Der „Bund der freien Gewerkschaften Westpolens" ist im Einverständnis mit dem Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegründet worden, und er ist bemüht, die engsten Beziehungen mit diesem aufrechtzuerhalten. Er gibt ein eigenes Organ, die „Freie Gewerkschaft" heraus, die in „Bydgoscz" erscheint. (Der Name der deutschen Stadt Bromberg, die sich unter dieser Bezeichnung verbirgt, scheint im neuen Polenreich verpönt zu sein.)

Der Bund umfaßt alle Gewerkschaftszahlstellen in den abgetrennten Gebieten. Er soll den Gewerkschaftsmitgliedern ihre in den deutschen Verbänden erworbenen Rechte weitererhalten, insbesondere die Unterstützungseinrichtungen, Tarifverträge und sonstigen Errungenschaften aufrechterhalten und eine leistungsfähige und kraftvolle Gewerkschaftsbewegung schaffen.

Vorerst zahlen die Mitglieder ihre Beiträge in ihre seitherige Organisation weiter. Die Statuten der deutschen Verbände gelten und die Unterstützungen werden nach diesen Bestimmungen gezahlt, bis der Bund neue Statuten beschlossen hat. Die Zahlstellenverwaltungen in den abgetrennten Gebieten, die noch nicht mit der Verbandskasse in Berlin abgerechnet haben, müssen nunmehr ihre Abrechnung für das vierte Quartal 1919 an den Bundesvorstand in Bromberg senden. Die Adresse des Bundesvorsitzenden ist P. Stößel, die des Bundeskassierers, an den die Abrechnungen und die darauf bezüglichen Zuschriften zu richten sind, ist Ernst Knobelsdorf, beide in Bydgoscz (Bromberg), Talstraße 2.

Ein neuer Reichstarif für das Malergewerbe.

In Verhandlungen, die vom 5. bis 9. Februar im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, wurden neue Teurungszulagen auf die bisher gezahlten Löhne vereinbart. Diese Zulagen betragen 1,20 Mk. pro Stunde in den Lohngebieten mit über 100 000 Einwohnern und 1 Mk. in den übrigen. In den einzelnen Lohngebieten erfolgt noch ein besonderer Ausgleich. Außerdem wurde bei den Verhandlungen das Vertragsschema einer Durchsicht unterzogen. Hierbei wurde die Frage der Betriebsräte, des Lehrlingswesens, der Feriengewährung für ständige Arbeiter geregelt bzw. deren Regelung in Aussicht genommen. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 31. Mai, während der Reichstarif bis zum 15. Februar 1922 abgeschlossen wurde.

Im Buchdruckergewerbe ist durch Beschluß des Tarifamts am 15. Dezember eine allgemeine Teurungszulage bewilligt worden. Infolge der neuerlichen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel hat das Tarifamt, wie es in einer vom 29. Januar datierten Veröffentlichung bekanntgibt, beschlossen, daß jedem Gehilfen und Hilfsarbeiter eine weitere wöchentliche Zulage von 5 Mk., wenn verheiratet, von 10 Mk. pro Woche zu zahlen ist, rückwirkend ab 1. Januar dieses Jahres.

Im Lederarbeiter-Verband findet eine Urabstimmung über die Erhöhung des Beitrages statt. Nach dem Vorschlage, den Verbandsvorstand und Ausschuß den Mitgliedern unterbreiten, sollen die Beiträge vom 1. April an in den drei Beitragsklassen von 60, 90 und 120 Pf. auf 1 Mk., 1,70 Mk. und 2 Mk. erhöht werden.

Im Textilarbeiter-Verband wird zum Zwecke der Erhöhung der Streikunterstützung gleichfalls eine Beitragserhöhung durchgeführt. Der Beirat des Verbandes hat beschlossen, die Wochenbeiträge nach den verdienten resp. tarifmäßig festgelegten Stundenlöhnen zu bemessen derart, daß der Beitrag einem Stundenlohn entspricht. Vom 1. April an beträgt demnach der Beitrag für Invalide 40 Pf. und dann weiter in den verschiedenen Beitragsklassen 80 Pf., 1 Mk., 1,50 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk. und 3 Mk.

Eingesandt.

Zur Beitragserhöhung.

Es wird ja keinem einsichtigen Kollegen einfallen, die Notwendigkeit der Beitragserhöhung zu bestreiten. Aber was die Durchführung derselben mancherorts erfordert, das können in der Hauptsache wohl nur diejenigen begreifen, die auf vorgeschobenem und weltvergessenem Posten ihr Dasein fristen. Wohl hat der Organisationsgedanke mächtige Fortschritte gemacht, aber mit dem Mitgliedbuch ist man noch lange kein überzeugter und aufgeklärter Kollege. Sehr oft bekommt man den Einwand zu hören, man hätte schon früher etwas aufschlagen sollen und nicht gleich soviel auf einmal. Es herrscht eben allgemeine Verbitterung über die täglichen Preiserhöhungen aller Bedarfsartikel, so daß dann das Gute und Schlechte in einen Topf geworfen wird. Zur Ehre unserer hiesigen Kollegen kann ich feststellen, daß unser Antrag auf 1 Mk. Extrabeitrag einstimmig angenommen wurde. Aber ich habe mich persönlich überzeugen können, daß an manchen Orten der Beitragsregulierung große Schwierigkeiten bereitet wurden. Ich bin nun dafür, daß der kommende Verbandstag die Anträge des Verbandsvorstandes annimmt, aber einer weiteren Erhöhung, wie z. B. vom Kollegen Berndt (Stettin) in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung" vorgeschlagen, nicht zustimmt. In der gleichen Nummer macht der Kollege Goetten (Trier) den Vorschlag auf Beseitigung der verschiedenen Unterstützungseinrichtungen. Auch auf der Städtekonferenz wurde von einem Kollegen kräftiger Abbau der vorgenannten Einrichtungen vorgeschlagen. Vor einem solchen Schritt möchte ich doch dringend warnen. Gerade für die Agitation würde uns dadurch ein gutes Hilfsmittel entzogen. Und bisher konnten sich die Kollegen doch sagen, ich bin für alle Notfälle einigermaßen durch meinen Verband gesichert. Man hört jetzt sehr oft das Schlagwort von „Kampforganisation". Unser Verband war das schon immer, und der Beschluß unseres Vorstandes zeigt uns, daß dies auch so bleiben soll. Aber der Kampf resp. Streik soll doch nur das äußerste Mittel sein, wenn keine andere Verhandlungsmöglichkeit mehr vorhanden ist. Durch die verschiedenen Unterstützungszweige wird auch eine allzu große Fluktuation verhindert, denn viele Mitglieder besinnen sich doch erst, bevor sie ihre erworbenen Rechte leichtsinnig preisgeben. Und durch die längere Mitgliedschaft bekommen wir auch mehr Einfluß auf sie, können sie immer mehr zu wirklich überzeugten Kollegen heranbilden. Wir erreichen so eine Machtstellung, die uns viele kostspielige Streiks erspart. E. Bergmaier, Bermatingen (Baden).

•

Als nach Kriegsende Tausende von Kollegen dem Verband zuströmten, mußte naturgemäß auch das Verbandsvermögen pro Kopf schnell sinken; das wird aber wohl mit der Zeit wieder überwunden werden. Deswegen wäre die Beitragserhöhung meines Erachtens nicht notwendig geworden. Sie ist aber unvermeidlich durch unsere gegenwärtige schlechte Valuta. Dieses Übel trägt die Schuld, daß uns die Preise für alles verzehnfacht werden. Aus diesen Gründen ist es nicht mehr möglich, mit den alten Unterstützungssätzen Kämpfe zu führen. Deshalb war es Pflicht unserer Verbandsleitung, mit der Beitragserhöhung an unsere Kollegen heranzutreten, damit wir jederzeit kampfbereit dem Unternehmertum die Stirn bieten können. Zur finanziellen Hebung unseres Verbandes ist in Nr. 7 der „Holzarbeiter-Zeitung" eine Anregung gegeben worden, der ich mich nicht ganz anschließen kann. Kollege Peter Goetten (Trier) will neben der Streik- nur noch die Gemaßregelten- und die Reiseunterstützung gelten lassen und meint, wir wären doch eine Kampforganisation und kein Versicherungsverein. Ich glaube doch noch die Krankenunterstützung hinzufügen zu können, hingegen Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung in Wegfall zu bringen. Begründen könnte man dies unter folgenden Gesichtspunkten: Die Arbeitslosenunterstützungssätze werden ja von Staat und Gemeinde getragen, und hätte hier die Hauptkasse eine ganz erhebliche Ausgabe weniger. Im andern Fall tragen ja schon Gemeinden die Beerdigungskosten selbst. Auch hier hätte unsere Hauptkasse eine gute Entlastung. Sollten diese Anregungen unter den Kollegen Verständnis finden, so könnte vielleicht auf dem nächsten Verbandstag dies einmal vorgebracht werden.

Albert Scheffler, Netzschkau i. Vogtl.

•

Alle einigermaßen mit dem Verbandsleben vertrauten Kollegen wird die Maßnahme des Verbandsvorstandes wenig überrascht haben; überraschend ist nur die Plötzlichkeit und die Art und Weise. Die Preise für alle Lebensbedürfnisse sind märchenhaft in die Höhe geschnellt, während die Unterstützungseinrichtungen die alten geblieben sind; diese entsprechen in keiner Weise den jetzigen Anforderungen. Hätten wir mit größerer Arbeitslosigkeit oder Krankheit zu rechnen bisher Gelegenheit gehabt, so wäre diese Frage wohl schon eher ins Rollen gekommen; brennend ist sie erst geworden durch die völlig unzureichende Streikunterstützung. Deren Sätze reizen ja die Unternehmer geradezu an, Aussperrungen vorzunehmen und Lohnforderungen abzulehnen. Aber die Frage muß man sich vorlegen: Ist es denn notwendig, eine so große Erhöhung der Beiträge vorzunehmen? Wir haben seit der Revolution eine gewaltige Erhöhung unserer Mitgliederzahl erhalten; werden diese Neueingetretenen, wenn eine erhöhte Beitragsleistung eintritt, dem Verband erhalten bleiben? Man kann doch nicht einfach sagen, wem der Beitrag zu hoch ist, der mag gehen. Wir müssen jeden einzelnen, auch noch so schlecht gestellten Mann, organisieren können; durch die hohen Beiträge werden aber die meisten abgestoßen. Nicht nur Kollegen mit schlechtem Verdienst. Auch solche, die besser gestellt sind, nebenbei ein Geschäft haben oder durch die Frau betreiben lassen, sagen: Ja, organisieren will ich mich ganz gern, aber einen so hohen Beitrag, den zahle ich nicht, ich brauche keine Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Jeder, der jahrelang Agitation getrieben hat, wird davon ein Lied singen können. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gehört eben einfach nicht in das gewerkschaftliche Gebiet; ersteres ist Sache der Kommune, letzteres Sache der Krankenkassen. Darum weg mit der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, damit würde auch ein großer Teil bureaukratischer Arbeit in Wegfall kommen. Erst hinein in den Verband, und möglichst billig, und nicht das Eingangstor verrammelt durch hohe Beiträge. Nun wird auch noch gesagt: Der Beitrag soll die Höhe eines Stundenlohnes betragen. Die Vorlage sieht zehn Beitragsklassen vor; wieviel Beitragsklassen müßten wir aber haben, wenn alle Stundenlöhne berücksichtigt werden sollen? Wir hatten früher den Einheitsbeitrag, aber weil eine Gewinnung der Unorganisierten auf dem System der Einheitsbeiträge nicht möglich war, sind die Staffelbeiträge, und mit Erfolg, eingeführt worden. Das müßte uns doch jetzt eine Lehre sein, um zu verhüten, daß wir durch allzu hohe Beiträge einen großen Teil der Kollegen wieder aus dem Verband austreten sehen. Soll die Streikunterstützung den erforderlichen Notwendigkeiten angepaßt werden, dann reichen auch die neuen Sätze bei weitem nicht aus. Den örtlichen Zahlstellen müßte mehr Bewegungsfreiheit bei Lohnkämpfen in bezug auf Extraunterstützungen gewährt werden. Etwa in der Art, daß den Zahlstellen in Höhe der von der Hauptkasse geleisteten Zuschüsse Extramarken zugesandt werden. Wenn also eine Zahlstelle zur Streikunterstützung 50 Prozent Zuschlag zahlt und hierfür insgesamt 50 000 Mk. verbraucht, so hat sie für den gleichen Betrag auch Extrabeiträge zu entnehmen; wir hier in Breslau haben dieses Mittel mit gutem Erfolg durchgeführt.

Oskar Blasseck, Breslau.

Eine Branchenkonferenz der Vergolder.

Nach Beendigung unserer Branchenkonferenz im Jahre 1911 waren wohl alle Delegierten von dem Wunsch beseelt, die gewonnenen Anregungen und Beschlüsse praktisch zu verwerten. Wohl wenige ahnten, daß diese Anregungen so wenig Verständnis bei den Mitgliedern finden würden. Nun hat der Krieg und nachher die Revolution manchen Kollegen aufgerüttelt, doch scheint unter den Kollegen im Reich die Fühlung nicht so zu bestehen, wie es eigentlich notwendig wäre. Um die errungenen Verbesserungen zu sichern und weitere zu erringen, ist es dringend notwendig, daß sämtliche Sektionen der Vergolderbranche in engere Fühlung miteinander treten. Zu diesem Zweck wäre es vorteilhaft, eine Branchenkonferenz einzuberufen. Es scheint zwar, nachdem unsere Zentralkommission in Berlin, laut Bericht der „Holzarbeiter-Zeitung" Nr. 50 vom 13. Dezember 1919, etwas pessimistisch in der Frage einer Branchenkonferenz steht, daß das Interesse bei dieser so wichtigen Frage bei den einzelnen Sektionen verlorengegangen ist. Solche Gleichgültigkeit wäre aber nicht berechtigt. Wir müssen zu der Frage einer Konferenz Stellung nehmen. Nicht den Unternehmern allein sollen wir es überlassen, was die Zukunft für unsere Branche bringt, sondern auch wir haben das größte Interesse daran, daß auch für unsere Branche wieder normale und gesunde Verhältnisse kommen. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn eine Branchenkonferenz stattfinden würde.

Martin Trimborn (Köln a. Rh.)

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO.16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Kommentar zum Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 nebst Wahlordnung und Verordnungen verwandten Inhalts. Von Dr. Joh. Feig und Dr. Fr. Sitzler, Geheimen Regierungsräten und vortr. Räten im Reichsarbeitsministerium. Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. 9, Linkstraße 16. 264 Seiten. Preis kart. 9 Mk. plus Teuerungszuschlag.

Der Wert dieser Ausgabe des Betriebsrätegesetzes liegt darin, daß die Verfasser an maßgebender Stelle an dem Gesetz mitgearbeitet und bei den ausführlichen und leichtverständlichen Erläuterungen alle amtlichen Materialien benutzt haben.

Das Gesetz über Betriebsräte. Heft 1 der Sammlung: „Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte", erläutert von S. Aufhäuser. Etwa 88 Seiten. Preis 3,50 Mark. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" E. G. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Berlin C. 2, Breite Straße 8—9. Als Nachtrag zu dieser Ausgabe ist die Wahlordnung herausgekommen. Preis 50 Pf.

Dieser Kommentar zum Betriebsrätegesetz enthält neben sehr eingehenden Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen einen wertvollen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Rätegedankens in Deutschland und das Entstehen dieses Gesetzes.

Freiluftleben. Von Fridtjof Nansen. Verlag von F. A. Brockhaus, Leipzig. Preis geheftet 7 Mk., gebunden 9 Mk.

Der berühmte Polarreisende ist, wie seine Bücher zeigen, auch ein vortrefflicher Reiseschilderer. In seinem neuen Buch führt er uns nicht in die Regionen des ewigen Eises; es sind von köstlichem Humor durchwehte Jagdgeschichten, durch welche uns Nansen mit den schneebedeckten Bergen und den kernigen Bauern seiner nordischen Heimat vertraut macht. „Zurück zur Natur", ist die Losung, die er an die Spitze des dem Buch vorausgeschickten Vorworts „An die deutschen Leser" stellt.

Die Planwirtschaft. Vortrag von Rudolf Wissell, Staatsminister a. D. Gehalten vor dem Arbeiterrat Groß-Hamburg am 11. Januar 1920. Verlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co., Hamburg. Preis 85 Pf.

Ein Jahr im Dienst der russischen Sowjet-Republik. Von Michael Smilg-Benario. „Der Firn", Verlag für praktische Politik und geistige Erneuerung. Berlin W. 57. Preis 4 Mk., gebunden 6 Mk. und 10 Prozent Teuerungszuschlag.

Der Verfasser bekleidete in Sowjet-Rußland ein hohes politisches Amt und gibt in seinem vorliegenden Buch nicht nur ein Bild der tollen russischen Verwaltungskunst, sondern setzt sich auch theoretisch mit dem Bolschewismus auseinander.

Gott a. D. Ein Buch von Frommen, Spöttern und Ärgernisnehmern. Von Cassellanus. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Preis 1 Mk. (Porto und Buchhändlerzuschlag 25 Pf.)

Gestorbene Mitglieder:

Bernburg. Adolf Fischer, Korbmacher, 59 J.
Brandenburg. Hermann Heise, Korbmacher, 32 J. — Otto Friedrich, Tischler, 27 J.
Frankfurt a. M. Georg Appelmann, Schreiner, 68 J. — Heinrich Hörcs, Stockmacher, 45 J. — Hermann Schilcher, Schreiner, 52 J.
Freiburg i. Schles. Herm. Schindel, Tischler, 54 J.
Gera. Otto Lehmann-Waldbach, Tischler, 25 J.
Neustadt a. d. Aisch. Anna Eichlein, 51 J.
Pirna. Franz Grühl, Maschinenarbeiter, 66 J.
Rolsberg. Karl Heim, Hilfsarbeiter, 57 J. — Gust. Forte, Tischler, 70 J.
Stützernach. Alma Weiß.
Suhl (Thür.). Otto Fröbel.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen der Zahlstellen

Burgsteinfurt. Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 7½ Uhr, statt, in der Wirtschaft G. Wacker, Hohnenstraße.

Gevelsberg. Kollegen, welche bei der Firma Wiegender & Co. in Arbeit treten wollen, werden ersucht, vorher Auskunft einzuholen bei dem Kassierer Paul Fuchs, Heßlinghauser Straße 101.

Kaiserslautern. Arbeitersekretär gesucht. Das Gewerkschaftskartell Kaiserslautern sucht zum sofortigen Eintritt einen Arbeitersekretär. Reflektiert wird auf erste Kraft, die mit den Aufgaben eines Arbeitersekretärs vertraut ist und Vertretungen vor Behörden und Gerichten wahrnehmen kann. Rednerische Befähigung unbedingt notwendig. Die Anstellung erfolgt auf Grund der Bedingungen des Vereins der Arbeitersekretäre mit Teuerungszulagen oder nach Übereinkunft. Auswärtige Dienstjahre können angerechnet werden. Bewerbungen sind bis spätestens 1. April an J. Schneckenburger in Kaiserslautern, Pirmasenser Straße 28, einzureichen.

Gau Stuttgart. Für den Bezirk Ulm a. D. und Pforzheim wird zum sofortigen Antritt je ein Bezirksbeamter gesucht. Derselbe muß mit allen Bureauarbeiten und mit dem Kassenwesen vertraut und zur Agitation befähigt sein. Derselbe hat auch die Lohnbewegungen in Verbindung mit dem Gauvorstand zu führen, muß also auch auf diesem Gebiete Erfahrung besitzen. Die Bezahlung erfolgt nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages und den inzwischen getroffenen Aenderungen. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre dem Verbande angehören, und bitten wir selbstgeschriebene Gesuche unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und einen Aufsatz über die Aufgaben eines Bezirksangestellten bis spätestens 20. März an den Gauvorstand in Stuttgart einzusenden. Bei jeder Bewerbung muß angegeben sein, für welchen Bezirk sich der Kollege bewirbt.

---

2 tüchtige **Möbeltischler** auf bessere furn. Möbel gesucht. Eventuell solche, welche sich weiter ausbilden wollen. Lebensverhältnisse günstig. Burgdorfer Möbelfabrik, Burgdorf b. Hannover.

Möbelschreiner für Bankarbeit sowie Beizer werden eingestellt. Gebrüder Rafi, Remscheid, Alexanderstr. 55.

Mehrere **Tischlergesellen** auf furn. Schlaf- u. Herrenzimmer ges. Nur tücht. Kräfte wollen sich meld. Zimmermann, Martens & Co., Möbelfbr., Pasewalk.

Tücht. Möbeltischler für furnierte Möbel stellt ein Gr. Reckzeh, Möbelfabrik, Insterburg, Siehrstraße 26.

Mehrere **Möbelschreiner** sof. für dauernd gesucht. Kost und Wohnung im Hause. Aug. Schäfer, Schreinermeister, [illegible], [illegible] (Bez. Cassel).

4 bis 5 tücht. Möbeltischler auf eichen-furnierte Möbel stellt sofort ein Otto Henne Werner, Tischlerei, Löwenberg in Schlesien.

Erfahrene **Tischler** für furnierte Möbel und feineren Innenausbau in dauernde Stellung sofort gesucht. Reisekosten werden nach besonderer Vereinbarung vergütet. Gebrüder Hucke, Möbelfabrik, Elberfeld, Heinrichstraße 23.

Holzwarenfabrik Rheinlands sucht zum sof. Eintritt tüchtigen, gewandten, tarifm. gebild. **Betriebsleiter**, der bereits in gleicher Stellung tätig war. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter „K. R. 487" a. d. Geschäftsstelle der Holzarbeiter-Zeitung, Berlin SO. 16.

Mehrere **Tischlergesellen** bei hohem Lohn und dauernder Arbeit gesucht von Bau- und Möbeltischlerei mit Maschinenbetrieb. K. Fechtner, Schleswig, Stillerstraße 34.

Tüchtige **Schreiner** auf bessere furn. Möbel sowie ein perf. Polierer und Beizer sofort gesucht. [illegible] Möbel[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Suchen für dauernde Arbeit sofort 2 bis 3 **tüchtige Tischler.** Gebrüder Schneider, Liebenwerda (Prov. Sachsen). Bureaumöbel-, Zeichen- und Meßgerätefabrik. Logis vorhanden.

Mehrere **Möbeltischler,** bessere, 1 Stuhlbauer, ein Masch.-Arbeiter ges. An Barlohn 68,40 M. in 8 Std., neb. auskömml. guter Verpflegung, Wohnung, Licht u. Heizung. Ad. Gander, kunstgewerbl. Möbelwerkstätten, Willershausen b. Kreiensen.

Tücht. **Möbelschreiner** a. furn. Möb. b. hoh. Lohn f. dauernd ges. Akkord. Ledige werden auf Wunsch vermittelt. Bayerische Rumplerwerke A.-G., Augsburg.

2 Möbeltischler auf furnierte Möbel suche sofort, Stundenl. 3,20 Mk., Reisegeld wird nach zwei Monaten vergütet. Joh. Michaelsen, Tischlermstr., Meldorf (Holst.)

Tüchtiger **Holzmaler** für Möbel gesucht, sowie Tischler auf echte Sachen. Vogtländische Industrie-Aktien-Gesellschaft, Auerbach im Vogtland.

Einige tüchtige **Möbelschreiner** für solide furn. Arbeit per sofort gesucht. J. V. Walzer, Möbelfabrik, Ravensburg, Württemberg (Oberschwaben).

10 tüchtige **Bauschreiner** für dauernde Beschäftigung gesucht. Gebrüder Hahn, Altena in Westfalen.

Für sofort oder später suche ich einige tüchtige, möglichst ältere **Bauschreiner.** Stundenl. 3,60 Mk. Gutes Logis vorh. Rudolf Rickmeier, Werdohl in Westfalen.

Tüchtige Bau- und Möbeltischler sof. f. dauernde Beschäftigung ges. Wohnung wird eingerichtet. Otfried Trosse, Bau- und Möbeltischlerei, Laskowitz (Bezirk Breslau).

Tüchtige Möbelschreiner auf weiße und furn. Arbeit sowie ein **Fertigmacher** bei hohem Lohn f. dauernd gesucht. Für tücht. Leute zahle über Tarif. Vergüte Reisespesen nach drei Monaten. Richard Lamoller, Möbelfabrik, Werdohl bei Hagen in Westfalen.

Mehrere tüchtige **Möbeltischler u. Stuhlmacher** gesucht. Georg Wieffert, Schwerin in Mecklenburg, Bismarckstraße 49/51.

Tüchtiger, erfahrener und gesetzter Fachmann, der einer mittl. Stuhlfabrik als **Werkmeister** vorstehen kann, zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Ansprüchen usw. an Sitzmöbelfabrik Julius Fürfang, München, Tumblinger Straße 45.

Tüchtige, selbständige **Stuhlbauer und Möbelschreiner** sofort für dauernde Beschäftigung ges. Möbelfabrik Heinr. Roesberg Nachf., G. m. b. H., Köln a. Rh., Glockengasse 2.

Mehrere tüchtige **Stuhlbauer u. Möbelschreiner** sucht sofort Johannes Kaiser, Iggingen bei Schwäbisch-Gmünd in Württemberg.

Tüchtiger **Stuhlbauer** und tücht. **Kastenbauer** gegen hohen Lohn sofort gesucht. Rhein.-Westf. Holzindustrie, Bielefeld, Kaiserstr. 61.

Tüchtige Stuhlbauer und Drechsler auf Binsensitzmöbel bei dauernder Beschäftigung und gutem Lohn gesucht. Wil. Bodelmann, Harsefeld, Kreis Stade.

Maschinenmeister, am liebsten gelernter Tischler, wird sofort gesucht. H. Ahnert, Möbelfabrik, Nachlig.

Flotter **Maschinenarbeiter**, der selbständig an Bandsäge, Fräse und Abrichte arbeitet, gesucht. Unterkunft u. Verpflegung vorhanden. Holzbearbeitungsfabrik Erich Voigt, Obernigk bei Breslau.

Maschinenschreiner, der die Bodien. Hobel. (Schreinerei) und [illegible] gründlich versteht, z. sof. Eintritt ges. Lorenz Kartch, Kanonst., Düsseldorf, Frankenstr. 33.

2 tücht. **Maschinenarbeiter** werd. gesucht. Rich. Staab, Glaserei, Tischlerei, Holzbearbeit., Förste (Holle).

1 erfahrener **Zuschneider**, 1 tücht. arbeit. **Möbel**-[illegible] arbeiter und mehrere tüchtige Möbeltischler auf bessere furn. Arbeiten für dauernd ges. ges. Umzug weg. Wohnungsmangels besorg. Willy Hoffmann, [illegible], Koblenz a. Rhein.

Tücht. **Furniersäger** f. Maschine, furnier-Säge zum möglichst baldigen Eintritt gesucht. Otto Kirchner, Dampfsägewerk u. Furniersägerei, Schleusingen.

Tüchtiger **Beizer** als Beizmeister sowie mehrere tüchtige Möbeltischler, auf Eichenarbeit eingearbeitet, bei hohem Lohn sofort gesucht. Möbelfabrik Ed. Jung, Wernigerode am Harz.

Tücht. **Beizer u. Polierer** wird dauernde Beschäftigung [illegible]

[illegible]

2 tücht. **Polierer** gegen gute Bezahlung für dauernd gesucht. [illegible]

Raspler a. Naturschirmgriffe verl. Bernhard Noa, Berlin, Michaelkirchstraße 20.

Tücht. Raspler, Fräser u. Fertigmacher bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Angabe d. bish. Tätigkeit erw. G. Adolph Richter, Stockfabrik, Magdeburg.

Vergoldergehilfen in dauernde Stellung gesucht. Christoph & Renner, Dresden, Waisenhausstraße Nr. 4.

1 Drechsler wird für sofort gesucht. Fr. Gerke, Stendal.

Drechslergesellen für Massenartikel sofort bei gutem Lohn gesucht. Carl Dinkler, Oberweißbach in Thüringen.

Tüchtige **Kastenmacher** und Helfer sowie selbständ. Sattler (Wagengarnierer) per sofort bei höchsten Löhnen gesucht. Heinrich Königshausen, Kraftwagenbau, Düsseldorf 53, Talstr. 114.

Nach der Schweiz wird in der Holzbranche durchaus erfahrener **Platzmeister u. Expedient** in erstklassiges Hobel- und Spaltwerk gesucht. Zeugnisse und Lebensbeschreibung unerläßlich. Offerten unter Chiffre „Z. H. 783" befördert Rudolf Mosse, Zürich.

Tücht. **Stellmacher**, der selbst arbeitet, aber nur solcher, in dauernde Stellung sof. ges. Ww. H. Pfitzmann, Gablenz, Ob.-Lausitz, Stellmacherei m. elektr. Betrieb.

Korbmacher werden gesucht für dauernde Arbeit. Heinrich Zahn, Korbmacherei, Schwarzenbach a. Saale, Bayern.

20 bis 25 Korbmacher auf Gestellarbeit u. Geschlagenes für dauernde Beschäftigung stellen sofort ein Volpjack & Co., Barmen, Korbmöbelfabrik.

Mehrere tüchtige **Korbmacher** a. geschlagene Weidenarbeit f. dauernd ges. C. Schloßstein, Heilbronn a. Neck., Friedenstr. 35

Korbmacher, auf Korbmöbel eingearbeitet, stellt für dauernd ein Zeitzer Transportkorbfabrik, Paul Gärtner, Zeitz.

Korbmacher, perfekte Gestellarbeiter, verlangt bei hohem Lohn. Joh. Lorenz, Berlin-Schöneberg, Merseburger Straße 8. (Beschäftigungserlaubnis vorhand.)

2 Korbmacher auf Grüngemodt sof. ges. f. dauernde Beschäftig. Tarifl. C. Schölermann, Korbm., Helse b. Wiersen, Holst.

2 Korbmacher auf Grün werden sofort gesucht. Friedr. Nowak, früher R. Müller, Osterburg, Altmark.

Korbmacher, gute Arbeiter, auf Gestellarbeit und Geschlagenes bei hohem Akkordlohn stellt sofort ein Häberg, Korbwaren-Fabrik, Görlitz, Hohe Straße 32.

1 tüchtig. **Korbmachergesellen** auf grüne Arbeit wird sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung. C. Hochgräf, Teterow in Mecklenbg.-Schwerin.

Tüchtig. Bohrer für Bürstenhölzer sofort für dauernd gesucht. Brandenburger Bürsten-Industrie, Brandenburg an der Havel, Kurstraße Nr. 26.

Wir suchen **zwei tüchtige Bohrer** bei hohem Lohn. C. A. Lohmann & Co., Bürstenfabrik, Hamburg 15, Süderstraße 93.

Schöne Imitation-Holzschnitzereien für Möbel, Schatullen — Maxim. Weiß, Leipzig 3.

Schellackkitt und Wachskitt

i. allen Farben, 1 Kilo 20,40 Mk. Die besten Mittel, schadh. Stellen i. Holz auszubessern. Drechsler-pech, 1 Kilo 13,20 Mk., empf. J. Nißen, Frankfurt a. Main, Rohrbachstrasse 53.

Alles zur Laubsägerei
Kerbschnitt, Holzbrand, liefert billigst
J. L. HAHN, Maxdorf 111 i. d. Pfalz
Postscheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. 1999
Katalog liefere für 60 Pf. franko.

Ia. Mattine, hell, conc.
zum Verdünnen mit Spiritus p. Ltr. 42 Mk.
Polieröl, goldgelb . . . . p. Ltr. 12 Mk.
Schellack, künstl., hell . . . . p. kg 33 Mk.
[illegible] gegen [illegible]
Chemische Fabrik Rud. Oehlke, Berlin SO 33, Lübbener Strasse 1. Telephon: Moritzpl. 1709.

Werkzeug - Neuheiten
Verlangen Sie sofort Preisliste.
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelner Str. 31.

Ziehklingen-Hobel tausendfach bewährt, Ia. deutsches Fabrikat, Stück 15,— Mark, 6 Stück Postpaket 84,— Mark. Schindel: Stück 4,— Mark, 12 Stück 45,— Mark. Ziehklingen, Ia. Stahl (Sägeblatt) in allen Breiten liefert **Max Walther,** Dresden 22, Rehefelder Straße 51.

Leim, Schellack
kauft jeden Posten. Handlung chem. Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stolze-Str. 28. Kgst. 7317.

Motorbandsäge
für Schreinerei zu kaufen gesucht.
Metsch, Cassel, Sophienstr. 20.

Patent „Broschüre über »Sofort-Anmeldung« gratis von K. Berbig, Hannover, Reitwallstraße 5 A.

G. HELWIG, FRANKFURT a. Main-West.
Bekannte Spezialfabrik
für Mattierungen, Polituren und Politurlacken sowie Abbeizmittel

Stuhlflechtrohr!
Natur und Ersatz, sofort lieferbar.
Max Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 51.

Elfenbeinabfälle von 7 mm i. □ aufwärts, kg 60 bis 150 M. kauft REICHE, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 22a.

Holzbildhauerei
gutgehend, in mittlerer Stadt Sachsens sofort oder später zu verkaufen. Zu erfragen Dresden-Fr., Berlinerstr. 50, III, bei Willsenach.

Tischlerei-Verkauf
Die in den gemieteten Räumen d. Grundstücks Ragnit, Markt 11, in Betrieb befindliche Kreistischlerei soll m. sämtlichen Maschinen, Hobelbänken, Werkzeugen u. Lagerbeständen sofort verkauft werd. An Maschinen sind vorhanden: 1 Gasmotor 10 P.S., 1 Bandsäge, 1 Abrichtemaschine, 1 Kreissäge mit Fräse, 1 Schleifapparat. Besichtigung erwünscht.
Ragnit, den 24. Februar 1920.
Kreisausschuß des Kreises Ragnit.

»Der Kunst- und Möbelschreiner«,
großartiges Fachwerk für Tischler u. Fachschüler, wird abgegeben. Näheres durch Alb. Baumann (Kavallerie), Weinsberg i. Württbg.

Lehrwerkstätte
Holzschnitzschule Warmbrunn
Fachschule für Holzbildhauer, Tischler und Möbelzeichner. Werkstattbetrieb.
Vervollkommnung von Gehilfen. Ausbildung von Lehrlingen (Gehilfenprüfung in der Anstalt). Wohnsäle, Anstaltsküche. Billige Wohnung u. Beköstigung. Direktor Hüllweck.

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür.
Ausbildung Kunst und gründlich!
Auskunft erteilt gern Die Direktion

Tischler-Fachschule Detmold
Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen.
Besucht von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolscher

Tischlerschule Blankenburg (Harz)
Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung
Programm frei Dir. REINBKING

Fachschule Cöthen - Abt. Stellmacher
Nächster Halbjahrskursus für Stellm. f. Meister, Werkmstr. Kastenmacher beginnt am 4. Januar d. J. — Prospekt frei

„Fachblatt für Holzarbeiter"
Von älteren Jahrgängen sind noch vorrätig:
1913 gebunden 8,50 Mk., 1913 in Heften 6 Mk.,
1914 in Heften 6 Mk., 1915 in Heften 6 Mk.,
1917 ohne Januarheft 5 Mk.
Alle anderen Jahrgänge sind vergriffen.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park Nr. 2.

Technik des Stellmachers.
Fachtechnische Aufsätze mit zahlreichen Abbildungen und Zeichnungen für die Stellmacherei.
Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband.
Heft 1 ist vergriffen.
— Heft 2 —
Inhalt: Das Arbeitsgebiet des Stellmachers. — Automobile in alter Zeit. Von Th. Wolff, Friedenau. — Konstruktionsplan zum Limousinen-Coupé. Von [illegible], Berlin. — Von der Herstellung des Wagenrades. Von E. Fuhrmann. — Der Kutschwagen. Von G. Engelhard, München. — Die Literatur des Stellmacherberufes. Preis 2 Mk.
Bezugspreis für die Mitglieder des Deutschen Holzarb.-Verbandes: Heft 1 Mk., Heft 2 1,50 Mk.
Bestellungen sind an die Zahlstellenverwaltungen zu richten.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.
Berlin SO. 16. — Am Köllnischen Park 2.

[illegible] Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes [illegible]